

PVS (2009) 50: 327-363
DOI 10.1007/s11615-009-0139-0

BESPRECHUNGEN

PVS Politische
Vierteljahresschrift

Politische Theorie und Ideengeschichte

De Dijn, Annelien. *French Political Thought from Montesquieu to Tocqueville. Liberty in a Levelled Society?* Cambridge. Cambridge University Press 2008. 212 Seiten, £ 50,-.

Klaus-Gert Lutterbeck

Häufig wird zwischen einer angelsächsischen (sowie US-amerikanischen) Tradition politischen Denkens und einer französischen unterschieden. In dieser Sicht ist für die angelsächsische die Betonung von „checks and balances“ und die Teilung der Zentralgewalt repräsentativ, während die französische sich durch etatistische Vorstellungen kennzeichnet, die das Recht des Staates vor die Rechte der Bürger stellen. Demnach müssen die beiden prominentesten französischen politischen Denker des 18. und 19. Jhds – Montesquieu und Tocqueville – als Häupter einer kleinen Gemeinde in der Diaspora erscheinen. Die belgische Ideengeschichtlerin *Annelien de Dijn* tritt dieser Betrachtungsweise nun in eindrucksvoller Art nachdrücklich entgegen. Denn sie zeigt in ihrer Löwener historischen Dissertation, dass in Frankreich von Montesquieu ein bis ins Zweite Empire (1852-1870) hinein höchst wirkmächtiger Strang politischen Denkens ausging, den sie als „aristocratic liberalism“ bezeichnet.

Zwar war schon in der Folge der Forschungen Larry Siedentops immer deutlicher geworden, dass das liberale Denken in Frankreich im 19. Jhd. nicht nur nicht marginal, sondern auch keineswegs eindimensional war. Das Spektrum reicht vom *laissez-faire*-Liberalismus bis zu prodemokratischen Formen liberaler Reflexionen, wobei sich letztere in guter Nachbarschaft zum klassischen Republikanismus konstituieren, denn sie privilegieren gegenüber dem negativen Freiheitskonzept die Selbstregierung der Bürger. De Dijn passt in diese Amplitude nun die Kategorie des aristokratischen Liberalismus ein, der sich zunächst allein durch die Abhängigkeit von Montesquieus „Esprit des lois“ definiert. Genauer identifiziert sich dieses Konglomerat von im Einzelnen unterschiedlich gewichteten und ausgebauten Argumenten negativ durch seine Opposition zum extremen Republikanismus der Französischen Revolution – der moralisch überhöhten „*démocratie pure*“ der Jakobiner und ihrer radikalen Wendung gegen die Prinzipien der Gewaltenteilung und Repräsentation zugunsten von „*égalité*“ und Souveränität des Volkes. In positiver Hinsicht wird „aristocratic liberalism“ durch seine Konzentration auf institutionelle Mechanismen zum Schutz der Freiheit erkennbar, dabei ausgehend von Montesquieus Begriff der intermediären Körperschaften.

De Dijn verfolgt nach einer aufschlussreichen Einleitung zunächst die Formierung ihres Leitkonzepts bei Montesquieu vor dem Hintergrund des politischen Denkens in Frankreich im 18. Jhd. Über die Munitionierung der Kritiker der Revolution (u.a. Jacques Necker) durch Montesquieusches Gedankengut hinausgehend rekonstruiert die Autorin die Rezeption des aristokratischen Liberalismus durch die Royalisten während der Restauration (1814-1830). Dabei erweisen sich diese nach 1814 als an Montesquieu geläu-

terte Verteidiger einer vergleichsweise liberalen Gesellschaft. Kern ihres Konzepts ist der Schutz dieser Gesellschaft gegen mögliche Übergriffe der Regierung durch einen starken landbesitzenden Adel. Derartige Vorstellungen und ihre Propagierung auf der Basis der gegen die Revolution gerichteten Diagnose, aus der folgt, dass „Gleichheit der größte Feind der Freiheit“ sei (46, etwa Charles Cottu, N. A. Salvandy), stellten eine starke Herausforderung der Liberalen durch ihre royalistischen Gegner dar. Gegenüber manchen Parallelen zwischen den Argumentationen dieser und jener fundierte sich die Haltung der Liberalen jedoch durch die Akzeptanz der sozialen Entwicklung, die sie als Egalisierungstendenz hin zu einer nivellierten Gesellschaft betrachteten, und ihre Absage an eine Rekonstitution des Adels als privilegierter politischer Kraft im Sinne der Royalisten.

Bei ihrem Durchgang durch das Arsenal liberaler Antworten (bis 1830) auf die Kardinalfrage, wie Freiheit in einer modernen Gesellschaft garantiert werden könne, bringt de Dijn eindrucksvolle Belege für ihre Neuvermessung der Bandbreite liberalen Denkens. Dabei wird der „laissez-faire liberalism“ der „Industrialisten“ durch den wohl nur Spezialisten bekannten Charles Dunoyer repräsentiert. Ebenso überraschend wie plausibel ist ihre Inanspruchnahme Benjamin Constants für eine „neo-republican solution“ (95 ff.), also den demokratischen Liberalismus. Denn die Autorin kann zeigen, dass Constant „die Freiheit der Alten“, also die republikanische Tugendhaftigkeit, keineswegs als vollkommen überholt ansah, vielmehr das moralische Moment in seine Konzeption eines freiheitssichernden Repräsentativsystems einbezog. Für den aristokratischen Liberalismus der Liberalen im Gegensatz zu jenem der Royalisten steht Prosper de Barante, einer der „Doktriniere“ – jene Gruppe, aus der mit François Guizot der beherrschende Staatsmann der Julimonarchie hervorgehen sollte. Mit Barante hofften andere – wie auch Guizot – auf die selbstläufige Entstehung einer „natürlichen Aristokratie“, gebildet aus gewählten Verwaltern auf lokaler Ebene, mithin einer meritokratischen Elite, weshalb sie entschieden für die Dezentralisierung Frankreichs argumentierten. Darüber hinaus setzte man auf die öffentliche Meinung als institutionellen Garanten der Freiheit in der modernen Gesellschaft im Sinne einer intermediären Gewalt.

Damit sind Grundelemente benannt, die in immer neuen Variationen die weitere Diskussion beherrschten. Unter den Autoren der Julimonarchie (1830-1848) zeigt sich bei Tocqueville etwa, dass die Argumentation für die Kommunen auch republikanisch aufgeladen sein konnte, während das „aristokratische“ Element seines Denkens in der Betonung der Rolle der amerikanischen Juristen als einer Elite hervortritt. Nach dem Scheitern der Zweiten Republik und der Etablierung des Zweiten Kaiserreichs (1852) wiederholte sich in Frankreich mehr oder weniger die Situation der Restaurationsepoche, jetzt allerdings innerhalb des liberalen Diskussionszusammenhangs, hart an der Grenze der Aufkündigung des liberalen Basiskonsenses.

Die These, dass es sich beim sogenannten aristokratischen Liberalismus um einen im 19. Jhd. äusserst wirkungsmächtigen ideengeschichtlichen Strang handelt, ist ohne Zweifel sehr gut belegt. Allerdings stellt sich die Frage, ob die Kategorie wirklich gut gewählt ist: Wenn doch der gemeinsame Boden, auf dem die Liberalen standen, die – wiewohl oft widerstrebende – Akzeptanz der postrevolutionären Gesellschaft war, wurde ihre Argumentation für intermediäre Gewalten aus einem anderen Geist geboren als die der Royalisten. Möglicherweise verdeckt die Kategorie also gerade das, was sie

doch freilegen will: die liberale Argumentation für eine hierarchische Gesellschaft mit meritär ausgewiesenen Funktionseleiten in den lokalen Verwaltungen wie den Redaktionsstuben, in der doppelten Frontstellung gegen die Option für ein geburtsständisches Modell einerseits und den „etatistischen“ Republikanismus andererseits. Ist der Aristokratismus tatsächlich das Primäre dieses Liberalismus? Wie auch immer man dies beurteilen wird: Festzuhalten ist, dass mit de Dijns Buch ein sehr nützlicher Kompass vorliegt, der bei intensiver Lektüre klare Orientierung gibt. Die Autorin erreicht dies durch ein systematisches Werk, bei dem die Einbeziehung des Kontextes sich über die Geistesgeschichte hinaus im Wesentlichen auf ebenso hilfreiche wie präzise Bemerkungen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte konzentriert.

Hay, Colin. *Why we hate politics*. Cambridge. Polity Press 2007. 187 Seiten, € 17,99.

Armin Schäfer

Umfragen bestätigen es immer wieder: Kaum eine andere Berufsgruppe wird so negativ beurteilt wie Politiker, kaum einer Organisation wird so wenig vertraut wie Parteien. In der Bevölkerung wächst die Überzeugung, dass es nur einen geringen Unterschied macht, wer regiert, da sich die politische Klasse nicht um die Belange der Wähler kümmert. *Colin Hay*, Politikwissenschaftler an der Universität Sheffield, hat es sich in seinem neuen Buch zur Aufgabe gemacht, diese weit verbreitete Geringschätzung der Politik zu erklären. Originell an seinem Ansatz ist, dass er eine Mitschuld der Politikwissenschaft an der Politikverdrossenheit sieht. Welche Motive und Handlungsoptionen wir politischen Akteuren unterstellen, wirke auf deren tatsächliches Verhalten zurück. Gewönnen Handlungsmodelle praktische Bedeutung, die Politikern eine rein instrumentelle Rationalität zuschreiben, so Hays Diagnose, verwundere es nicht, wenn sich politischer Zynismus ausbreitet.

Die Argumentation wird in vier Kapiteln entwickelt. Im ersten präsentiert Hay empirische Befunde zur Politikverdrossenheit. Die Beteiligung an Wahlen wie auch die Bereitschaft, in Parteien mitzuarbeiten, sinkt stetig, und ebenso nimmt das Vertrauen in Parteien, Politiker und Parlamente ab. Diese Befunde stimmen weitgehend mit dem Forschungsstand überein. Hay kritisiert jedoch, dass diese Trends in der bestehenden Literatur überwiegend durch den Blick auf die Nachfrageseite erklärt würden: durch abnehmendes Sozialkapital der Wähler (Putnam), kritisch eingestellte Bürger (Norris) oder die Absenkung des Wahlalters (Franklin). Dagegen erfahre die Angebotsseite – welche Alternativen Parteien den Wählern bieten – weit weniger Aufmerksamkeit. Folglich wendet sich Hay der Frage zu, weshalb der politische Gestaltungsspielraum als gering wahrgenommen wird.

Die Ursache hierfür liege, so wird im zweiten Kapitel erläutert, in der Entpolitisierung politischer Entscheidungen. Diese erfolge in drei Varianten: Erstens würden Befugnisse von Regierung und Parlament auf Expertengremien oder Behörden übertragen. Zweitens löse der Markt hierarchische Entscheidungen als Steuerungsmodus ab und private (Konsum-)Entscheidungen träten an die Stelle politischer Regulierung. Drittens erschienen Sachzwänge wie z. B. die Folgen der Globalisierung als so übermächtig, dass kein

Raum für alternative Handlungsstrategien verbleibe. Politik folge in diesem Fall vorgegebenen Notwendigkeiten und verliere damit an Bedeutung. In allen Fällen würden Entscheidungen parlamentarischer Kontrolle und öffentlicher Deliberation entzogen. Je umfassender der Trend zur Entpolitisierung, desto geringer sei der politische Gestaltungsspielraum.

Im dritten und vierten Kapitel werden erst die innenpolitischen, dann die globalen Gründe für die Entpolitisierung untersucht. In beiden Fällen verweist Hay darauf, wie sozialwissenschaftliche Theorien zu sich selbst erfüllenden Prophezeiungen werden. Innenpolitisch sieht er insbesondere *Public-Choice*-Theorien als Quelle der Entpolitisierung. Indem wir politischen Akteuren egoistische Handlungsmotive unterstellten, die sie in der Folge als Anleitung zum rationalen Verhalten internalisierten, beraubten wir uns der Möglichkeit, in der Politik mehr als ein Strategiespiel zu sehen. Theorien zum politischen Konjunkturzyklus oder zur Budgetmaximierung wie auch die ökonomische Theorie der Demokratie klärten die Wähler darüber auf, dass Parteien, Politikern und Bürokraten zu misstrauen sei. Werde Politikversagen als endemisch begriffen, spreche vieles dafür, Entscheidungen auf nicht-politische Gremien oder auf den Markt zu übertragen.

Analog zu diesem Argument wird im vierten Kapitel die Globalisierungsthese als Entpolitisierungsursache ausgemacht. Hay versucht hier den empirischen Nachweis zu führen, dass weniger ihre feststellbaren Auswirkungen als vielmehr der Glaube an die Globalisierung den Handlungsspielraum der Politik verringert. Der tatsächliche Gestaltungsspielraum der Politik werde durch die Akzeptanz vermeintlicher Sachzwänge unterschätzt – *there is no alternative*. Beide Theorienstränge zusammen vermittelten ein überwiegend negatives Bild der Politik: Sie könne immer weniger bewirken und wo sie eingreife, richte sie mehr Schaden als Gutes an. In dem Maß, in dem diese Beschreibung allgemein akzeptiert und zum präskriptiven Modell werde, bestätigten sich die Annahmen der Theorie und ihre Schlussfolgerungen gewannen an Plausibilität, resümiert das fünfte Kapitel.

Hays interessantes, klar geschriebenes Buch erweitert die Debatte über die Politikverdrossenheit um einen wichtigen Aspekt und fordert die Politikwissenschaft auf, kritisch mit den Prämissen gängiger Theorien umzugehen. Doch bei aller Plausibilität gelingt der Nachweis, wie der Schritt von den Theorien zur politischen Praxis erfolgt, nicht in vollem Umfang. Ein komplexeres Zusammenspiel von realweltlichen Veränderungen und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung ist zu vermuten. Auch die Empirie, mit der die Globalisierungsthese entkräftet werden soll, überzeugt nicht vollständig. Denn auch wenn Regionalisierung und der Wettbewerb zwischen den hochentwickelten Staaten wichtigere Trends als eine im Wortsinn verstandene Globalisierung sind, können diese beiden Entwicklungen doch die politischen Optionen nationaler Regierungen radikal einschränken. Diese Anmerkungen schmälern den Wert des Buches nicht, sondern verweisen darauf, wie schwierig es ist, die Gestaltungsmöglichkeiten des Nationalstaats bei verschärftem Standortwettbewerb zu vermessen. Insgesamt ist *Why we hate politics* ein sehr lesenswertes Buch, das zum Nachdenken darüber auffordert, ob unser Politikverständnis die Demokratie beschädigt.

d'Idler, Martin. *Die Modernisierung der Utopie. Vom Wandel des Neuen Menschen in der politischen Utopie der Neuzeit*. Münster. LIT 2007. 320 Seiten, 29,90 €.

Andreas Heyer

In den letzten zehn Jahren hat sich die Utopieforschung quantitativ und qualitativ weiterentwickelt. Mehrere Promotionen und Habilitationen zur Thematik wurden publiziert, darunter kürzlich die Dissertation von *Martin d'Idler*, die sich mit der Modernisierung des utopischen Denkens beschäftigt und dabei vor allem die Idee des Neuen Menschen fokussiert.

D'Idlers Auseinandersetzung mit dem utopischen Diskurs der Antike und der Neuzeit reicht zurück bis zu seiner ersten Publikation von 1999 unter dem Titel „Neue Wege für Übermorgen. Ökologische Utopien seit den siebziger Jahren“. Sein damaliger Forschungsschwerpunkt, die postmoderne Utopieproduktion der letzten Jahrzehnte des 20. Jhds., ist auch in der Dissertation präsent und hat vermutlich sogar d'Idlers grundlegende These motiviert: Die Geschichte der politischen Utopien sei dadurch charakterisiert, dass die Gattung permanente Modernisierungsschübe durchlebte. Als sogenannte „Selbstkritik der Utopie“ hat bereits der renommierte Anglist Hans-Ulrich Seeber dieses Phänomen des utopischen Denkens interpretatorisch stark gemacht. D'Idlers wissenschaftliches Verdienst besteht nun darin, dass er seine These konsequent auf den utopischen Diskurs anwendet und daraufhin analysiert. Dazu hat er das Quellenmaterial in sieben Blöcke separiert, so dass seine Argumentation anhand dieser Gliederung nachvollzogen werden kann. Der Punkt, an dem sich die Modernisierung der Utopie am schlüssigsten aufzeigen lasse, sei das Menschenbild, welches die einzelnen Utopisten ihren theoretischen Konstrukten zu Grunde legen. Die jeweilige anthropologische Fundierung und Ausrichtung der Konzeption wird für d'Idler zum Gradmesser etwaiger Modernisierungspotentiale. Zuerst beschäftigt er sich mit verschiedenen antiken und frühmittelalterlichen Quellen des Diskurses, um dann zweitens die bekannten Renaissanceutopien (v. a. Thomas Morus' „Utopia“) zu analysieren. Die sich in diesen Utopien deutlich zeigende altruistische Ausrichtung der Anthropologie sei das konstituierende Merkmal des Neuen Menschen, der als Träger der Utopie fungiert. Schon in der Nachfolge Morus', etwa bei Francis Bacon und Tommaso Campanella, komme es zu ersten Modernisierungsschüben. Das von Morus entworfene Ideal sei ebenso wie die geleistete Gegenwarts kritik keinesfalls statisch, sondern an die jeweilige spezifische geschichtliche Situation gebunden und entsprechend dynamisch. Der dritte Abschnitt beschäftigt sich mit den französischen Utopien der Aufklärung, die die Gattung im 18. Jhd. zentral prägten. D'Idler sieht verschiedene Entwicklungslinien, die den Zukunftsoptimismus und die Verzeitlichung der Utopie ebenso umfassen wie die Beschwörung ursprünglicher Ideale. Für den ersten Trend steht das Werk Louis-Sébastien Merciers, für den zweiten Diderots Auseinandersetzung mit der Entdeckung Tahitis und des dort lebenden „wilden“ Volkes. Als einschlägiges Merkmal der Aufklärungsutopien arbeitet d'Idler heraus, dass sich zahlreiche Ansätze gegenüberstanden und dass Probleme und Lösungen aus wechselnden Perspektiven immer wieder neu hinterfragt wurden. Zu Beginn des 19. Jhds. wurde diese Gemengelage durch die Konstrukte des utopischen Frühsozialismus abgelöst, der relativ einseitig auf permanenten Fortschritt und Industrialisierung

setzte. In einem vierten Block beschäftigt sich d'Idler mit den politischen Utopien um 1900. Mit Edward Bellamy analysiert er einen Autor, der wie kaum ein zweiter den industriellen Fortschritt in den utopischen Diskurs einband und von dem eine Linie bis zu Alexander Bogdanow reicht. Etwas bedauerlich ist, dass d'Idler die radikale, von einem anarchistisch-naturnahen Standpunkt aus betriebene Auseinandersetzung von William Morris mit Bellamys staatssozialistischem Ansatz nicht thematisiert. Aber er kann anhand der Werke H. G. Wells' aufzeigen, dass der fast schon naive und eindimensionale Fortschrittsglaube Bellamys noch vor den Materialschlachten des Ersten Weltkriegs brüchig zu werden begann. In einem weiteren Schritt thematisiert d'Idler die Dystopien (die sogenannten „schwarzen Utopien“), die in der ersten Hälfte des 20. Jhds. erschienen. Hier wurde die Utopie zum Furchtbild, was weitreichende Folgen für den Diskurs hatte. Der Neue Mensch wurde nicht mehr als Wunschbild imaginiert; vielmehr avancierte er zum manifesten Ausdruck des alles unterwerfenden Kollektivs. Doch mit den Dystopien war der utopische Diskurs keineswegs beendet. D'Idler schließt sich im sechsten Abschnitt der Interpretationsrichtung an, die die postmateriellen oder postmodernen Utopien der letzten Jahrzehnte ebenfalls in den Lernprozess des utopischen Diskurses integriert. Es sei ein wesentliches Charakteristikum der erneuerten Gattung, dass sie die Warnungen der Tradition verarbeitet und so erneut auf die dringenden Probleme ihrer Zeit – von der immer noch ungelösten Frauenfrage bis hin zur ökologischen Krise – kritisch und konstruktiv reagieren konnte bzw. immer noch kann. Die politische Utopie hat, daran lässt d'Idler keinen Zweifel, in den letzten Jahrzehnten ihr Wesen verändert. Es gebe nicht mehr das eine Wunschbild oder die alles überlagernde Schreckensvision. Vielmehr würden nun Möglichkeiten ausgelotet, divergente und fragile Entwürfe vorgestellt. Am sinnfälligsten bringt diese Entwicklung wohl der Untertitel von Ursula K. Le Guins epochalem Roman „The Dispossessed“ zum Ausdruck: „An Ambiguous Utopia“. Im letzten Abschnitt sagt d'Idler, dass auch die zukünftigen politischen Utopien im Bannkreis der soeben genannten innovativen Momente der utopischen Gattung bei der Verarbeitung der Krisen und Probleme des 20. Jhds. anzusiedeln seien. Dabei stehe der Diskurs v. a. vor der Herausforderung, die Idee der Freiheit mit den Problemen unserer Moderne zu vereinbaren. Wird z. B. die Lösung der ökologischen Problematik die Freiheit der Individuen determinieren? Das ist eine Frage, die im Medium der Utopie diskutiert werden kann.

D'Idler hat seine Arbeit und die entsprechenden Forschungserkenntnisse – das zeigen die letzten Bemerkungen – nicht in den leeren Raum gestellt, sondern aktualisiert. Der utopische Diskurs sei kein leerer, nicht mehr existenter Gegenstand, im Gegenteil: In zahlreichen Romanen und Traktaten, Diskussionen und Experimenten reaktiviere sich die Gattung. Nur an einem Punkt habe sie mit der Tradition gebrochen. Die modernen Autoren verzichten auf die Zeichnung eines Neuen Menschen. Der Utopier ist nicht mehr anders, sondern irgendwie immer auch Teil der Gesellschaft, in der die Leser der Utopie leben.

Der innovative Zug der Dissertation von d'Idler ist darin zu sehen, dass er aufzeigen kann, dass der utopische Diskurs permanenten Entwicklungen unterlag. D'Idler setzt Kritikern seine These entgegen, dass der Utopie-Diskurs selbst einer Dynamik unterliege und die Anbindung an die Geschichte über permanente Aktualisierungsprozesse führe.

Politisches System der Bundesrepublik

Lösche, Peter. *Verbände und Lobbyismus in Deutschland*. Stuttgart. Kohlhammer 2007. 196 Seiten, € 24,80.

Christian Kaiser

Der vorliegende Band von *Peter Lösche* thematisiert die neueren Entwicklungen von Verbänden und Lobbyismus in der Bundesrepublik Deutschland, die sich in den letzten zwanzig Jahren durch fundamentale Veränderungen auszeichneten. Darüber hinaus wird hinsichtlich hierzulande bestehender Vorurteile gegenüber Verbänden und Lobbyisten der Frage nachgegangen, ob diese entsprechend ihrem schlechten Ruf und der Phrase von der „Herrschaft der Verbände“ die Demokratie gefährden. Lösche konstatiert zu recht, dass diese Phrase weder früher richtig war noch heute richtig ist; die Vorurteile seien der obrigkeitsstaatlich geprägten politischen Kultur Deutschlands geschuldet, der zufolge allgemein Konflikte und Interessenauseinandersetzungen negativ bewertet würden. In diesem Kontext würden von Verbänden und Lobbyisten vertretene *special interests* als konträr zum viel beschworenen Gemeinwohl verstanden. Lösches Absicht ist es, Vorurteilen und einer gelegentlich vorkommenden Mystifizierung von Verbänden und Lobbyisten entgegenwirken, d. h. einer übertriebenen Zuschreibung von Macht und Einfluss. Vorurteile drückten sich etwa in der Annahme aus, dass Lobbyisten „die eigentlichen Strippenzieher im Hintergrund seien und in Wirklichkeit die Richtlinien und Inhalte der Politik bestimmen“ (7) und dadurch die Demokratie gefährdeten. Belege für diese Vorurteile und Mystifizierung benennt Lösche allerdings nicht.

Im ersten Kapitel werden die Begriffe Interesse, Verband und Lobbyismus definiert und die Partizipation von Verbänden in Gesellschaft und Staat dargestellt. Nach Lösche fungieren Verbände als intermediäre Institutionen zwischen Gesellschaft und politischem System, als deren Funktionen und Aufgaben benennt er Aggregation von Interessen, Artikulation von Interessen, politische Mitwirkung sowie eine sogenannte „Generalfunktion“, als Vermittler zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu wirken und zur Legitimation des politischen Systems beizutragen. Das folgende Kapitel ist ein historischer Abriss der Entwicklung der deutschen Verbandslandschaft. Das dritte Kapitel umfasst eine Einführung in die Typologie von Verbänden, einen Exkurs zu den neuen sozialen Bewegungen und deren Institutionalisierung sowie eine Darstellung einiger Verbände, die auch Lobbyarbeit betreiben, z. B. des Bundes der Steuerzahler.

Im anschließenden Kapitel zur politischen Praxis von Verbänden und Lobbyismus werden Akteure, Adressaten, Ziele und Methoden des Lobbying verdeutlicht. Zur Begriffsklärung des Lobbyismus ergänzt der Autor die gängige Definition als Beeinflussung von primär staatlichen Repräsentanten von der Kommune bis zur EU zwecks Mitgestaltung der Gesetzgebung im eigenen partikularen Interesse dadurch, dass seiner Ansicht nach Lobbyismus als spezifische Form der Politikberatung begriffen werden kann, als Informationsvermittlung, die auf „großer sachlicher Kompetenz“ (20) beruhe, interessengeleitet sei und sich – zur Interessendurchsetzung – an Parlamentarier und v. a. an Ministerialbeamte wende. Da nicht alle Verbände und Lobbyisten gleich sind, werden deren unterschiedliche Möglichkeiten der Interessendurchsetzung, also deren unterschiedliche Macht geschildert.

Beispiele für eine positive Bewertung des Lobbyismus liefern die folgenden zwei Kapitel über Lobbyismus in der Europäischen Union und in den USA. Im politischen System der EU sind Lobbyisten nach Lösches Darstellung gern gesehen und angesehen, weil sie Mediatoren zwischen Bürgern und Europäischen Organen darstellen, also Interessen aus den einzelnen nationalstaatlichen Gesellschaften auf europäischer Ebene vertreten. Leider bleibt offen, ob die Lobbyisten o.ä. auch bei den Bürgern der EU-Mitgliedstaaten anerkannt sind. Die Situation der Verbände und Lobbyisten in den USA unterscheidet sich von der in der BRD durch eine andere Verbandslandschaft und eine ungleiche politische Kultur. Letztere zeige sich daran, dass Selbstverantwortung und Egoismus höher bewertet würden als Genossenschaftlichkeit und Gemeinschaftsgefühl, weshalb die Wahrnehmung partikularer Interessen durch Verbände und Lobbyismus dem Autor zufolge dort positiv bewertet werde und Lobbyisten im politischen System als Akteure anerkannt seien. Jedoch sei Lobbying in den USA transparenter als in den meisten europäischen Staaten einschließlich der Bundesrepublik Deutschland. Ungeachtet deutlicher Unterschiede seien die Entwicklungstendenzen und -richtungen des Lobbyismus in den USA sowie in Europa und Deutschland identisch, was sich an der Zunahme des Lobbying und der Anzahl der Interessengruppen festmachen ließe. Zudem hätten Interessengruppen hier wie dort ihre Methoden verfeinert und sich zunehmend spezialisiert.

Das siebte Kapitel ist Verbänden und Lobbyismus in der politischen Theorie gewidmet, weshalb Gruppentheorie, Pluralismustheorie, marxistische Theorieansätze und Neokorporatismus vorgestellt werden. Anschließend begründet Lösche, dass die Ansätze des „Pluralismus und Korporatismus alter Art“ (111) – von Ausnahmen abgesehen – heute nicht mehr aktuell seien, weil sich die soziale, ökonomische und politische Realität verändert habe. Unklar sei, wie sich die aktuellen Entwicklungen, die sich durch eine neue Unübersichtlichkeit auszeichneten, theoretisch erfassen lassen; eine entsprechende Theorie liege nicht vor. Deshalb bestünde Bedarf an neuen empirischen Arbeiten und insbesondere an Fallstudien, „um das theoretisch auf den Begriff zu bringen, was sich allmählich entfaltet“ (113). Schade ist, dass Policy-Netzwerke nicht in die Darstellung mit einbezogen wurden, da auch hier organisierte Interessen in die Politikgestaltung involviert werden können.

Im letzten Kapitel wird die aktuelle Entwicklung der Verbände und des Lobbyismus anhand von sechs sogenannten „Megatrends“ dargelegt, zu denen Globalisierung (Orientierung der Verbände an internationalen Entscheidungsinstanzen, z. B. Weltbank), Europäisierung (Orientierung der Verbände an EU-Institutionen), Neuorientierung des Lobbyismus in Berlin, Lobbying von Großunternehmen, Pluralisierung und Professionalisierung zählen. Veränderungen zeigen sich überdies an der Anzahl der Organisationen und ihren Mitgliederzahlen sowie an veränderten Tätigkeiten und Aufgaben der Verbände und Lobbyisten. Zur Frage, ob Verbände und Lobbyisten die Demokratie gefährden, werden Vorteile (z. B. deren Mittlerfunktion zwischen Gesellschaft und Staat) und Schattenseiten (z. B. Asymmetrie zwischen den Verbänden) ihrer Partizipation im Hinblick auf die Bedeutung für das politische System erklärt.

Abschließend mahnt Lösche Reformen des Lobbyismus an, die zur Demystifizierung beitragen und Vorurteile austreiben könnten. Da diese auch in einer fehlenden Transparenz des Lobbying zu verorten seien, würden lediglich Kontrolle, Transparenz, Offen-

legen und Aufklärung Abhilfe schaffen. Zudem schlägt Lösche die Bildung eines Verhaltenscodex für Lobbyisten vor, wie es ihn im Europäischen Parlament gibt. Zusätzlich zieht er gezielte Außenkontrolle und Offenlegungsbestimmungen zur Demystifizierung in Erwägung. Das Buch schließt mit der Darlegung mehrerer Reformvorschläge. Insgesamt ist das Werk eine Überblicksdarstellung über aktuelle Entwicklungen in der Verbands- und Lobbylandschaft in Deutschland und vortrefflich als Einführung in diesen Themenkreis geeignet, was durch den historischen Abriss sowie die Beispiele EU und USA sowie Anschauungsmaterial im Anhang untermauert wird. Dem Anspruch, über die Thematik aufzuklären, wird Lösche gerecht. Während sich das Buch an jene wendet, die sich mit dem Thema (noch) nicht oder nur begrenzt auskennen, liefert es allerdings für Kenner keine neuen Erkenntnisse.

Doppelrezension

Schmidt, Helmut. *Außer Dienst. Eine Bilanz*. München. Siedler 2008. 350 Seiten, € 22,95.

Soell, Hartmut. *Helmut Schmidt. Macht und Verantwortung, 1969 bis heute*. München. DVA 2008. 1082 Seiten, € 39,95.

Helga Haftendorn

Gerade noch rechtzeitig vor dem 90. Geburtstag von Helmut Schmidt am 23. Dezember 2008 ist der zweite Band der Biografie von *Hartmut Soell* über den Altkanzler erschienen. Der erste Band mit dem Untertitel „Vernunft und Leidenschaft“ (2003) umfasste den Lebensabschnitt Schmidts bis Ende 1969, während im zweiten Band die Zeit der Regierungsverantwortung im Vordergrund steht: zunächst als Verteidigungs-, Wirtschafts- und Finanzminister und dann ab 1974 acht Kräfte zehrende Jahre als Bundeskanzler. Dem Leser wird der Eindruck vermittelt, dass Schmidt damals gerne Fraktionsvorsitzender geblieben wäre und ihm ein Ministeramt – besonders das von der SPD misstrauisch beäugte des Verteidigungsministers – nicht besonders erstrebenswert erschien. Etwas anderes war das Amt des Bundeskanzlers, zumal Schmidt angesichts der nachlassenden Führungsstärke Willy Brandts meinte, dieses mindestens ebenso gut, wenn nicht besser ausfüllen zu können. Angesichts des geringen Altersunterschiedes zwischen ihm und dem 1913 geborenen Kanzler zweifelte er aber daran, dass er diesen jemals beerben könnte. Der Rücktritt Brandts als Reaktion auf die „Guillaume-Affäre“ öffnete die Tür zum Kanzleramt jedoch eher, als es Schmidt damals lieb war.

Soells großes Verdienst ist es, dass er sich nicht auf das Nachzeichnen der Biografie von Schmidt beschränkt, sondern ein großes Panorama des innerparteilichen, innenpolitischen und internationalen Umfeldes zeichnet, in dem dieser agierte. Besonders interessant sind die Schilderungen der Spannungen innerhalb der SPD-Führungstroika, vor allem zwischen Bundeskanzler Brandt und dem damaligen Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner. Sie lassen deutlich werden, dass die „Guillaume-Affäre“ nur der Anlass, aber nicht der Grund für den Amtsverzicht Brandts war. Im Hinblick auf die Kanzlerschaft Schmidts ermöglicht Soell nicht nur einen Einblick in die komplizierten politi-

schen und menschlichen Beziehungen innerhalb der Koalition und des Kabinetts, sondern geht auch detailliert auf die Konflikte zwischen dem Kanzler und seiner Partei ein, die sich seinem Ansinnen verweigerte, realitätstüchtiger zu werden. Soell zeigt auch, wie sehr Schmidt als Bundeskanzler das Renommee zugute kam, dass er sich als Verteidigungsminister in den USA und als Finanzminister durch die enge Zusammenarbeit mit Giscard d'Estaing in Frankreich erworben hatte. Die Haltung der anderen westeuropäischen Partner habe dagegen zwischen widerwilligem Respekt und Ablehnung geschwankt, zu der Schmidt allerdings selbst viel beigetragen habe. Durch die Breite der Darstellung und die detaillierte Schilderung auch der Nebenfiguren bietet Soell einen eindrucksvollen Abriss der politischen Geschichte der Bundesrepublik während der siebziger und frühen achtziger Jahre.

Das Werk besticht darüber hinaus durch die detailgetreue, manchmal auch detailverliebte Darstellung (z. B. wenn Soell ausführlich auf den „Haarerlass“ von 1972 eingeht). Der renommierte Heidelberger Historiker konnte für seine Arbeit nicht nur das Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, sondern auch das Privatarchiv des Altkanzlers in dessen Haus in Hamburg-Langenhorn nutzen – Schätze, die den meisten anderen Wissenschaftlern bisher nicht zugänglich sind. Soell wartet daher mit vielen neuen Details auf, z. B. über das Machtgefüge an der Spitze der SPD und zu den Umständen des Kanzlersturzes von 1982. An einigen wenigen Stellen folgt der Autor allerdings stärker den Einschätzungen Schmidts als der Aktenlage, beispielsweise hinsichtlich der Verfasser des Harmel-Berichts oder der Entstehung des NATO-Doppelbeschlusses, bei denen die Beiträge der verschiedenen Akteure innerhalb der Allianz vernachlässigt werden.

Seltsam schwach bleibt in dem voluminösen Band jedoch die Herausarbeitung der Motive, aus denen heraus Schmidt auf die wachsenden politischen und ökonomischen Herausforderungen reagiert. Diese Feststellung mag überraschen, da Soell die verschiedenen Reden und Schriftstücke sehr ausführlich wiedergibt, in denen Schmidt eine Einschätzung der Lage vornimmt und die Beweggründe erläutert, die sein Handeln bestimmen. Es fehlt aber eine kluge Analyse, in der die wichtigsten Leitlinien herausgearbeitet und situationsbedingte Reaktionen von strategischen Entscheidungen unterschieden werden. Dies ist vor allem im Schlusskapitel „Schmidts Leitmotiv“ zu bedauern, das nicht über eine Ansammlung von Gedankensplittern hinausgeht. Überhaupt gewinnt der Leser den Eindruck, dass der Verfasser unter der „Fuchtel“ des Verlages den letzten Teil seiner Darstellung rafften musste, sodass dort einige Zusammenhänge und Begründungen verloren gehen. Diese Bemerkungen sollen aber nicht den Wert der insgesamt beeindruckenden wissenschaftlichen Leistung Soells beeinträchtigen.

Für die Einschätzung der Motive *Schmidts*, die sein Handeln bestimmt haben, ist dessen allerdings stark persönlich gefärbter Erfahrungsbericht „Außer Dienst“ hilfreich. In der Vorrede dazu betont er ausdrücklich, dass es sich bei dem Buch nicht um eine Autobiografie handelt. Vielmehr möchte Schmidt eine Bilanz seiner Erfahrungen – und Fehler! – ziehen und Jüngeren Ratschläge vor allem zum Umgang mit der deutschen Geschichte geben. Deren bleibende Lehren sind für ihn 1. die Hypothek der Vernichtung der Juden, 2. die Aufgabe guter Nachbarschaft zu den Deutschland umgebenden Nationen und 3. im Innern der Erhalt einer guten Balance zwischen Bund und Ländern.

Am spannendsten ist der Teil des Buches, in dem sich Schmidt mit Gewissensentscheidungen befasst. Dazu zählt er vor allem Konflikte zwischen Moral und Politik. Als

Beispiele nennt er u. a. die Abschaffung der Verjährungsfrist für Mord bei der Verfolgung von NS-Verbrechen, die Sorge um die Aufrechterhaltung des strategischen Gleichgewichts bei der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages, die Zustimmung zur Raketenstationierung im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses und besonders das Dilemma, in dem sich die Regierung nach der Entführung Hanns Martin Schleyers und der Lufthansamaschine „Landshut“ befand.

Es wäre allerdings verwunderlich, wenn Schmidt auf praktische Ratschläge zur aktuellen Politik verzichten würde. So empfiehlt er die Nutzung des Internationalen Währungsfonds (IMF) zur globalen Steuerung des internationalen Finanzwesens. Mit Blick auf das Engagement in Afghanistan rät Schmidt nachdrücklich von einer weiteren Beteiligung an militärischen Interventionen außerhalb Europas ab. Er kritisiert in diesem Zusammenhang die Außen- und Sicherheitspolitik der Bush-Administration und argumentiert, dass Deutschland nicht mitwirken sollte, wenn diese die NATO zum Instrument amerikanischer Weltordnungspolitik mache. In Umkehr zu früheren Positionen schreibt er: „Für uns Deutsche bliebe ein Bedeutungsverlust der NATO ohne strategische Folgen“ und fordert eine intensive Diskussion und Neudefinition der Aufgaben der Bundeswehr. In der Innen- und Sozialpolitik plädiert Schmidt aufgrund „der ökonomischen Erfahrungen und Einsichten, die ich im Laufe meines Lebens gewonnen habe“, für durchgreifende Reformen, die der Überalterung der Bevölkerung Rechnung tragen müssten. Dazu gehörten u. a. die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, der Abbau staatlicher Überregulierung, die Anhebung der Erwerbsquote und die Reform des Rentensystems. Für ihn ist „Schröder [...] mit der Agenda 2010 noch nicht weit genug gegangen“. Wenn Deutschland unter den Bedingungen der Globalisierung bestehen wolle, müsse es vor allem seine wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit stärken.

Schmidt endet mit einigen theoretischen Überlegungen zu „Religion, Vernunft und Gewissen“ – wobei für ihn das Gewissen die höchste Instanz ist. Diese Werte will er als Bausteine zu einer politischen Ethik verstanden wissen. Auf diese Weise bietet der Band einen vertiefenden Kommentar zu der Biografie von Hartmut Soell.

Politische Soziologie

Corsten, Michael, Michael Kauppert und Hartmut Rosa. *Quellen Bürgerschaftlichen Engagements. Die biographische Entwicklung von Wir-Sinn und fokussierten Motiven*. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008. 241 Seiten, € 29,90.

Sandra Seubert

Die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements ist politisches Programm: Nichts ist so dauerhaft und parteiübergreifend in aller Munde wie die Rede von den Bürgern, die mittun sollen. Bürgerschaftliches Engagement ist das Zauberwort, mit dem sich Bewegung in die als schwerfällig und kleinteilig wahrgenommene staatliche Politik bringen lassen soll. Was käme da gelegener als eine sozialwissenschaftliche Forschung, die in der Lage wäre, das Wissen dazu beizusteuern, wie man diesen Schatz heben und zu den Quellen vorstoßen könnte? Aus dem Zusammenhang des Forschungsprojekts „Politi-

sche Kultur und Bürgerschaftliches Engagement“ im SFB 580 an der Universität Jena ist nun freilich ein Buch entstanden, das skeptisch stimmt mit Blick auf die Frage, ob wir es hier überhaupt mit einer Ressource zu tun haben, die politischer Einflussnahme in dem Maße verfügbar ist, wie die Politik es gerne hätte.

Es ist schon eine an sich bemerkenswerte Tatsache, dass sich die Aufmerksamkeit gerade in einer Zeit auf die Bürgergesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement richtet, in der die Emphase für die Politik hinter technokratischem Risikomanagement zu verblassen droht. Dass der Begriff des Bürgers gerade unter Bedingungen angerufen und erneuert werden soll, in denen der „Ort“ des Handelns für den Einzelnen unklar und die soziale Bezugsgruppe flüchtig geworden ist, scheint erklärungsbedürftig. So gehen *Michael Corsten*, *Michael Kauppert* und *Hartmut Rosa* denn auch zunächst von der These aus, dass freiwilliges Engagement aus der Perspektive der Akteure in der „Spätmoderne“ höchst unwahrscheinlich geworden sei; aus Bekenntnis zur „großen Politik“ lasse sich niemand mehr darauf ein. Um so dringlicher stellt sich dann aber die Frage nach den Motivationsquellen derer, die sich gleichwohl engagieren. Die Autoren versuchen, diesen Motiven mittels interpretativer Verfahren der Sozialforschung nachzuspüren. Viel zu allgemein sei die Rede vom „Bürgersinn“ bislang gewesen. Motive sind immer konkret und lassen sich aus dem praktischen Selbstverständnis von Personen rekonstruieren. Dabei geht es freilich weniger um eine jederzeit bewusste Selbstdefinition, sondern eher um ein intuitives Vorverständnis, „worum es einem im Leben eigentlich geht“ (10). Diese Art des Wissens und Wollens nennen die Autoren „fokussierte Motive“. Sie lassen sich aus biographischen Interviews heraus rekonstruieren, denn in der jeweiligen Biographie fließen individuelle Dispositionen, soziale Milieus und historische Umstände zusammen. Um handlungswirksam zu werden, müssen sich fokussierte Motive freilich mit konkreten sozialen Kontexten verbinden. Um die Sensibilität von Akteuren für eine bestimmte Form sozialer Praxis zu verstehen, führen die Autoren den Begriff des „Wir-Sinns“ ein. Er soll auf einer elementarerer Ebene ansetzen als der immer schon durch soziale Intentionalität gekennzeichnete Gemeinsinn. Wir-Sinn – das ist die Affinität von Akteuren für eine bestimmte Praxis, das praktische Vermögen, „in einem bestimmten sozialen Zusammenhang etwas beizusteuern“ (33). Wenn der Begriff nicht einfach nur mit sozialer Kompetenz identisch sein soll, muss er freilich in irgendeiner Weise auf die kulturell und institutionell vermittelte Genese von kollektiven Repräsentationen („Wir“) im Persönlichen und Individuellen Bezug nehmen. Und damit kommen die Fragen, die sich mit dem Gemeinsinn verbinden, wieder ins Spiel. Welches ist das „sozialintegrative Kollektivsubjekt“, auf das sich das individuelle Handeln bezieht? Nur wenn dessen Bestand als prekär angesehen wird, treten Personen nämlich, so die These der Autoren, aus ihrer Zuschauerrolle heraus und werden aktiv.

Substanz gewinnen die theoretischen Überlegungen, wenn die konkreten Engagementfelder und Personen hinzugenommen werden, die die Studie betrachtet. Das Material stammt im Wesentlichen aus 80 biographisch-narrativen Interviews, die die Forscher 2002 in vier mittelgroßen Städten Ost- und Westdeutschlands (Jena, Dessau, Göttingen, Wilhelmshaven) zu ausgewählten Engagementfeldern geführt haben. Die Engagementfelder sind so gewählt, dass sie eine größtmögliche Breite bürgerschaftlichen Engagements und Differenzen in der Motivstruktur abzubilden vermögen: das Feld der freiwilligen

ligen Jugendarbeit (in dem sich der Sinn für eine identitätsfördernde Sozialsphäre zur Geltung bringt), das Feld der globalen Solidarität (v. a. Flüchtlingshilfe und Aktivitäten im fairen Welthandel), in dem sich Motive „universeller Inklusion“ Ausdruck verschaffen; darüber hinaus die traditionelle Kulturpflege, die einen Sinn für einen Lebenszusammenhang zwischen den Generationen wirksam werden lässt, das Feld der „Soziokultur“, die die Wiederherstellung kultureller Erlebnisräume zum Ziel hat, sowie die Schöffentätigkeit, die an der Durchsetzung gesellschaftlicher Ordnung interessiert und von einem „Wir-Sinn für auf Objektivität zielende Kooperation“ (170) getragen ist. Ergänzt wurden die biographischen Interviews durch Experteninterviews, die nicht wie erstere als Originalpassagen abgedruckt sind, sondern ausgewertet wurden, um den „Geist der Institution“ (oder soziologischer ausgedrückt: die „Feldlogik“), der in den jeweiligen Engagementfeldern herrscht, zu rekonstruieren. Das ist notwendig, um zu zeigen, wie und warum ein spezifischer „Wir-Sinn“ von Akteuren sich gerade hier anschließen lässt.

Die Stärke der Studie liegt auf der mikrotheoretischen Ebene: Sie vermag die Sozialisations- und Bildungsprozesse der Personen plastisch zu machen, die Gegenstand politischer Aktivierungsprogramme sind. Allerdings setzt sich ein solches Vorgehen für sich genommen der Gefahr der ethischen Engführung aus. Am Beginn jedes Engagements stehe, so die abschließende Folgerung der Autoren, nicht der Wunsch ein Bürger zu sein, sondern die „elementare Sorge um sich“ (231). Dass die mikrotheoretische Analyse nur ein Baustein eines komplexeren Forschungsvorhabens sein soll, deutet sich am Ende des Buches lediglich an. Angestrebt wird nämlich eine „Bedingungsanalyse“, die das Zustandekommen von bürgerschaftlichem Engagement mit Notwendigkeit erklären kann (222 ff.). Dafür spielt auch die „Strukturlogik“ der Engagementfelder eine Rolle – eine Dimension, die als Mesoebene charakterisiert wird. Das Zusammenspiel von sozialer Praxis und institutioneller Logik der „Felder“ ist aber auch entscheidend für den Übergang vom Wir-Sinn zum Gemein Sinn bzw. Bürgersinn. Dieser Übergang berührt die zentrale demokratietheoretische Frage, welches die Kriterien sind, die den Übergang vom freiwilligen Engagement zum *bürgerschaftlichen* Handeln markieren, für das die Referenz auf ein „Gemeinwesen“, das sozial und institutionell umgrenzt ist, doch nach wie vor von zentraler Bedeutung zu sein scheint. Insgesamt deuten die Schlussüberlegungen ein komplexes Unterfangen an, das die abschließenden Bemerkungen noch nicht ganz einzulösen im Stande sind. Es wäre möglicherweise konsequenter gewesen, hier von vornherein auf geplante Folgebände des Forschungsprojekts zu verweisen. Eine etwas gründlichere Lektoratsarbeit von Seiten des Verlages wäre dem Buch zu wünschen gewesen – aber das kann insgesamt den innovativen Gehalt der Forschungsergebnisse nicht schmälern.

Politikfelder und Politikimplementation

Bade, Klaus J., Pieter C. Emmer, Leo Lucassen und Jochen Oltmer (Hrsg.). *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Paderborn u. a. und München. Schöningh und Wilhelm Fink 2007. 1156 Seiten, € 78,-.

Christian Bala

Herausragend, unverzichtbar – mit Vokabeln wie diesen sollte man sorgsam umgehen, vor allem zu Beginn einer Besprechung. Wenn allerdings ein Buch tatsächlich herausragend ist, dann kann ein Rezensent den Schluss schon einmal vorwegnehmen: Tatsächlich ist die „Enzyklopädie Migration in Europa“ ein hervorragend gelungenes Werk, das unverzichtbar für alle jene ist, die sich mit Fragen der Zuwanderung und Integration beschäftigen. Für dieses Urteil gibt es sieben Gründe:

Erstens steht hinter diesem umfangreichen Nachschlagewerk ein Konzept. Zwar benötigen Enzyklopädien nicht unbedingt einen „roten Faden“, doch wenn sie mehr sein wollen als die bloße Ansammlung von Wissen, kann es nicht schaden, die Autorinnen und Autoren auf Leitfragen und Strukturen zu verpflichten. Die deutsch-niederländischen Herausgeber *Klaus J. Bade* und *Jochen Oltmer* vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück sowie *Leo Lucassen* und *Pieter C. Emmer*, Professoren im Fachbereich Geschichte der Universität Leiden, verdeutlichen, dass es ihnen vorrangig um die „Frage nach der Integration/Assimilation in den Zielräumen der Zuwanderung“ (21) geht. Die Herausgeber und ihre mehr als zweihundert Autorinnen und Autoren möchten erklären, warum manche Zuwanderergruppen als Minderheiten oder Diasporen sichtbar blieben, andere jedoch vollständig in den Gastbergeregesellschaften aufgingen.

Zweitens verfügt die Enzyklopädie über einen guten Aufbau, der zusammen mit der inhaltlichen Fokussierung für eine klare Struktur sorgt. Den einleitenden Kapiteln – einem Vorwort, der Vorstellung der Vorgehensweise durch die Herausgeber sowie einem Beitrag über „Terminologien und Konzepte der Migrationsforschung“ von *Dirk Hoeder*, *Jan Lucassen* und *Leo Lucassen* – folgen, gruppiert nach Regionen, Länderbeschreibungen, die die jeweilige Migrationsgeschichte und -politik zusammenfassen. In diesen Kapiteln werden grundlegende statistische Daten aufgearbeitet und die verschiedenen Phasen der Immigration verdeutlicht. Neben dem Zweck, einen Überblick zu geben, entlasten diese Beiträge die darauffolgenden Gruppenartikel: Deren Autorinnen und Autoren sind nicht gezwungen, auf zeithistorische Umstände im Zielland einzugehen, sondern können sich tatsächlich auf ihren konkreten Fall konzentrieren.

Das durchdachte Konzept und die gute Strukturierung führen drittens dazu, dass die Gruppenartikel – jedenfalls alle, die der Rezensent gelesen hat – klar gegliedert und hervorragend geschrieben sind. Sie stellen keine „Materialaufschüttung von Gruppenbeschreibungen“ (24) dar, sondern fügen sich in das Gesamtwerk ein. Jeder der Autoren hat sich an die Vorgaben der Herausgeber gehalten und so dazu beigetragen, dass deren Vorhaben umgesetzt wurde. Dies ist nicht immer ein einfaches Unterfangen, wie jeder weiß, der bereits Sammelwerke mit weniger Autoren editiert hat, und deshalb besonders zu erwähnen.

Viertens stellt die Enzyklopädie die Früchte einer umfangreichen und reflektierten Migrationsforschung dar. Obwohl kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird (23), ist die Vielseitigkeit des Bandes beeindruckend: Neben bekannteren Beispielen wie den unterschiedlichen „Gastarbeitern“ (Jugoslawen, Türken, Italiener oder Spanier), den Spätaussiedlern oder Flüchtlingen der jugoslawischen Bürgerkriege werden auch ungewöhnliche und im Allgemeinen wenig bekannte Migrantengruppen behandelt, die nicht nur wissenschaftlich interessant sind, sondern auch neugierig machen: So erfährt der geneigte Leser etwas über „Europäische ‚Politemigranten‘ in der UdSSR nach 1917“ (*Hannes Leidinger* und *Verena Moritz*) oder über „Außereuropäische Fußballspieler in West- und Südeuropa seit dem späten 19. Jahrhundert“ (*Phil Vasili*). Dies macht die Enzyklopädie auch zu einem Ort von Neuentdeckungen. Gemeinsam ist allen Beiträgen, dass sie von Fachleuten geschrieben wurden, die substanzielle Forschung zu den jeweiligen Gruppen betrieben haben und auch Leser zu interessieren wissen, die bisher nicht daran gedacht hätten, etwas über lippische Ziegler oder westalpine Kaminfeiger zu lesen.

An dieser Vielfalt kann man fünftens erkennen, dass die Enzyklopädie einem offenen Migrationsbegriff folgen muss. Nicht nur werden Arbeits-, Flucht- oder Wohlstandsmigration, beispielsweise Briten an der Costa del Sol (*Karen O'Reilly*), gleichermaßen behandelt; vielmehr werden auch Gruppen einbezogen, die innerhalb eines Nationalstaates wanderten. An diesen Binnenmigranten wird deutlich, dass man nicht staatliche Grenzen überschreiten muss, um als „Fremder“ mit zugeschriebenen Eigenschaften wahrgenommen zu werden. Dies zeigt sich, um ein Beispiel zu nennen, an der Zuwanderung von weiblichen Hausangestellten aus der Bretagne nach Paris (*Didier Guyvarc'h*), die bis in die fünfziger Jahre anhielt. Sie kamen aus einem Landstrich, in dem die ländliche Textilindustrie verschwand, was zum Verlust der Existenzgrundlage führte; in Paris hingegen wurden Hausangestellte benötigt. Auf sich gestellt, in einer unbekanntenen Umgebung, mussten sich diese Frauen zurechtfinden. Ihr Bild in der Pariser Öffentlichkeit war das eines naiven und ergebenen „Mädchen für alles“. Für die Bretoninnen bedeutete dieses Stereotyp, das auch in der Populärkultur verbreitet war, eine Erniedrigung. Zugleich versuchten bretonische Organisationen die Bindung an die Heimatregion zu erhalten und warnten vor den Gefahren der Abwanderung in die Großstadt.

Sechstens gehen die Gruppenartikel in die Tiefe des Politikfelds Migration. Zwar bleibt die staatliche Ebene hier oftmals ausgeblendet, doch wird diese Perspektive in den Länderbeiträgen behandelt. Die Autorinnen und Autoren der Gruppenartikel greifen vielmehr die gesellschaftspolitischen Implikationen des Themas auf. Dabei reicht der Bogen von Migrantenselbstorganisationen über antirassistische Initiativen, politische Exilgruppen bis hin zu aktiven Diasporen mit einer starken Heimatorientierung.

Als siebter Grund sind schließlich die Verwendungsmöglichkeiten der Enzyklopädie in Forschung und Lehre zu nennen. Sie beinhaltet viele Anregungen für mögliche weitere Arbeiten, denn so umfassend und vielfältig das Werk auch ist, es zeigt auch blinde Flecken in der historischen, soziologischen und politikwissenschaftlichen Forschung. Darüber hinaus eignet sich die „Enzyklopädie Migration in Europa“ hervorragend für den Einsatz in der Lehre: Sie erweist sich als Fundus für Fallbeispiele und Vergleichsmöglichkeiten. Obwohl die Artikel sehr informativ sind, erlauben sie es nicht, sich in Referaten oder Hausarbeiten ausschließlich auf sie zu beschränken. Die gründlichen und

wohl dosierten Bibliographien am Ende jedes Artikels erleichtern jedoch Lehrenden und Lernenden gleichermaßen die Orientierung und erlauben es, sich umfassender zu informieren, Wissen zu vertiefen oder andere Aspekte zu bearbeiten.

Faist, Thomas, und Andreas Ette (Hrsg.). *The Europeanization of National Policies and Politics of Immigration. Between Autonomy and the European Union*. Houndsmill und New York. Palgrave Macmillan 2007. 273 Seiten, £ 58,-.

Christian Bala

Die Liste der Einwände gegen das Konzept der Europäisierung ist lang, doch der populärste ist wohl die Behauptung, dass es sich dabei um eine Leerformel handle. Tatsächlich konkurrieren unterschiedliche Theorieansätze und Definitionen um dieses Etikett, was eine eindeutige Verwendung problematisch macht. Die Frage der Rückwirkung europäischer Politik auf nationale Politiken nimmt gegenwärtig in der Forschung breiten Raum ein und mit Claudio Radaellis Ansatz, der bereits in die Lehrbücher zur europäischen Integration eingegangen ist, hat sich eine Theorieperspektive eröffnet, die bereits in zahlreichen empirischen Untersuchungen Verwendung gefunden hat.

Genau dieses Konzept haben nun *Thomas Faist*, Professor für Transstaatliche Beziehungen und Entwicklungssoziologie an der Universität Bielefeld, und *Andreas Ette*, Mitarbeiter am Wiesbadener Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, zur Leitlinie des hier rezensierten Sammelbandes gemacht. Schon die Thematik scheint Widerspruch zu provozieren: Kann dieses Politikfeld mit dem Konzept der Europäisierung angemessen untersucht werden? Schließlich gehörte die Migrationspolitik bis in die späten 90er Jahre vorrangig in den Einflussbereich der Nationalstaaten und war somit Gegenstand intergouvernementaler Kooperation. Erst mit dem Amsterdamer Vertrag gab es Ansätze zu einer Vergemeinschaftung des Politikfeldes. Seither sind zwar Schritte hin zu einer EU-Migrationspolitik unternommen worden, doch ist das Beharrungsvermögen der Mitgliedsländer noch immer hoch, wie Ursula Birs in ihrer Studie „Migration und Migrationspolitik im Prozess der europäischen Integration?“ (2005) betont, die einen noch immer substantiellen Handlungs- und Gestaltungsspielraum der Nationalstaaten feststellt.

Die Persistenz nationaler Politiken ist auch ein zentrales Ergebnis der von Faist und Ette versammelten Fallstudien. Gegenstand der Analysen sind EU- und Schengen-Staaten (Deutschland, Schweden, Spanien und Griechenland), zwei damals (noch) nicht dem Schengener Abkommen angehörende EU-Mitgliedsländer (Großbritannien und Polen), betrittswillige Nachbarn der EU (Albanien und Türkei) sowie andere Drittstaaten und internationale Organisationen. Die Beiträge orientieren sich an drei leitenden Forschungsfragen, wobei sowohl *policies* als auch *politics* Gegenstand der Untersuchung sind: (1) Was wird europäisiert? In diesem Fall wird die Untersuchung in der Policy-Dimension auf Arbeitsmigration, Flucht und Asyl, sekundäre Migration sowie irreguläre Migration begrenzt. (2) Welches Ausmaß hat die Europäisierung? Hierbei beziehen sich die Autorinnen und Autoren auf die bekannten Kategorien von Radaelli: *inertia*, *Absorption*, *Transformation* und *retrenchment*. (3) Auf welche Art und Weise erfolgt die

Europäisierung? In Anlehnung an Fritz W. Scharpf und Helene Wallace wird dabei zwischen präskriptiven und diskursiven Interaktionsformen unterschieden.

Den ersten Teil des Bandes bilden drei Überblicksartikel. Nach der thematischen Einführung und der Vorstellung der Konzeption durch die Herausgeber stellt *Petra Bendel* die Grundlinien der europäischen Migrationspolitik vor. *Andrew Geddes* vertieft die Frage nach der Europäisierung der Migrationspolitik. Er stellt fest, dass dieser Prozess nicht einseitig von der EU vorangetrieben werde und eher eine strategische Wahl als eine Bürde für die Mitgliedstaaten sei.

Diese grundlegende These bestätigen auch die weiteren Fallstudien. Sie zeigen, dass der Einfluss der EU auf die Migrationspolitik in den alten Mitgliedstaaten am geringsten ist. *Kathrin Prümm* und *Stefan Alscher* (Deutschland) sowie *Andreas Ette* und *Jürgen Gerdes* (Großbritannien) weisen an ihren jeweiligen Beispielen überzeugend nach, dass die Migrationspolitik beider Staaten nach 1999 nur in geringem Maße durch den Einfluss der EU zu erklären ist. In Großbritannien überwiege bei der Umsetzung europäischer Regelungen der diskursive Modus, der eine höchst selektive Adaption erlaube. Deutschland leitete in den frühen 1990er Jahren einen Paradigmenwechsel in der Asylgesetzgebung mit der Begründung ein, dass man europäische Standards und das Schengener Abkommen erfüllen müsse; seither hinke der Musterknabe der europäischen Integration der Entwicklung hinterher. Die Autoren erklären dies mit zwei Faktoren: „Along the politics dimension, the *Länder* [...] were afraid of giving up competencies and feared growing financial burdens [...]. Along the dimension of policy, German policy-makers have been interested in maintaining the restrictive policies that have implemented in the early 1990s, fearing that further Europeanization in this field could lead to a watering down of these regulations“ (90).

Im Gegensatz zu Großbritannien und Deutschland zeigt das Beispiel Polen, vorgestellt von *Anna Kicing*, *Agnieszka Weinar* und *Agata Górny*, dass ein präskriptiver Modus der Europäisierung zu anderen Ergebnissen führt. Während der Einfluss auf die älteren Mitgliedsländer gering ist, stellt Polen das andere Ende der Skala dar. Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und der Annäherung Polens an die EU intensivierte sich die Europäisierung der polnischen Migrationspolitik. Bereits in den 90er Jahren war Polen als Beitrittskandidat willens, die Brüsseler Vorgaben in nationales Recht umzusetzen. Dieser Trend zeigt sich auch an Kooperationspartnern und Beitrittskandidaten der EU; in den IMIS-Beiträgen (Heft 32) etwa verdeutlicht *Martin Geiger* am Beispiel der Ukraine, dass ein Zusammenhang zwischen nationaler Politik und der Zusammenarbeit mit der EU besteht. Dass der Beitrittswunsch die Kooperationsbereitschaft deutlich steigert, belegen auch die Beiträge zur Türkei (*Ahmet Icduygu*) und zu Albanien (*Imke Kruse*), selbst wenn der direkte Einfluss der EU in diesen Ländern geringer ist.

Im Gegensatz zur Policy-Dimension, die einerseits eine große Varianz der Ergebnisse zeigt und andererseits zum Teil einen erheblichen Einfluss der EU belegt, ist die Europäisierung der *politics* weniger ausgeprägt. Die Herausgeber erklären dies zum einen mit der Dominanz der Exekutive in der Migrationspolitik, die durch die EU noch zusätzlich gestärkt werde. Zum anderen spielten nationale Traditionen und ihre spezifischen Arrangements eine Rolle. Hier heben sie das Beispiel Polen heraus, dessen Politik im Politikfeld Migration erheblich europäisiert worden sei, dessen „institutional

framework of immigration policy-making“ sich aber seit 15 Jahren nicht substantiell verändert habe (25).

Insgesamt zeigen die neun Fallstudien ein breites Spektrum des Einflusses der EU auf nationale Migrationspolitiken. Der Sammelband ist somit nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Migrationsforschung, sondern auch zur Entwicklung des Ansatzes der Europäisierung. Die gründliche und überlegte Adaption des Konzepts und die konsequente Anwendung in den Fallstudien verdeutlichen, dass die Ablehnung des Konzepts der Europäisierung oder gar ein Plädoyer, es nicht zu verwenden, kontraproduktiv wären. Denn dies hieße, eine Gelegenheit auszulassen, dieses Konzept inhaltlich zu füllen. Dass dies zu instruktiven Ergebnissen führen kann, haben die Autorinnen und Autoren um Thomas Faist und Andreas Ette eindrucksvoll bewiesen.

Ocampo, José Antonio, und Joseph E. Stiglitz (Hrsg.). *Capital Market Liberalization and Development*. Oxford/New York. Oxford University Press 2008. 384 Seiten, € 25,99.

Ralf J. Leiteritz

Die Publikation des vorliegenden Bandes kommt in gewisser Weise zu früh. Er erschien Anfang 2008, d.h. noch vor dem Ausbrechen der aktuellen Finanzkrise. Sein Hauptaugenmerk liegt auf den Konsequenzen der Liberalisierung internationaler Kapitalflüsse für Entwicklungsländer. Selbst die Autoren werden wohl kaum geahnt haben, dass die Ursprünge der gegenwärtigen Krise in einem entwickelten Land, den USA, liegen würden. Mit ihren Argumenten wider die vollständige und bedingungslose Befreiung der Kapitalbilanz von allen staatlichen Eingriffen kämpfen sie metaphorisch gesprochen den „letzten Krieg“. Sie können die aktuellen Ereignisse und deren Konsequenzen für das internationale Finanzsystem leider nicht berücksichtigen.

Der Prozess der Liberalisierung der Kapitalbilanz begann vor ca. 30 Jahren in den entwickelten Ländern, in erster Linie in Westeuropa und den USA, und dehnte sich in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren geradezu explosionsartig auf die Entwicklungsländer aus. Wiewohl explizit nicht Bestandteil des 1990 verabschiedeten *Washington Consensus*, geriet das Thema Kapitalverkehrsfreiheit dennoch auf die Entwicklungsagenda vieler Länder in der vormaligen Dritten Welt. Vor allem zu Beginn der neunziger Jahre war der Anreiz, internationale Einfuhren und Ausfuhren von Kapital von diversen staatlichen Regulationen zu befreien, in Entwicklungsländern immens hoch.

Nach Einschätzung der Autoren des vorliegenden Bandes erwies sich die Hoffnung vieler politischer Entscheidungsträger und der großen Mehrzahl der Mainstream-Ökonomen, mittels Kapitalverkehrsfreiheit ein höheres Wirtschaftswachstum und ökonomische Stabilität zu erreichen, als fataler Fehlschluss. Weder konnte ein klarer positiver Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Kapitalverkehrsfreiheit nachgewiesen werden, noch erhöhte sich die makroökonomische Stabilität von Ländern mit weitgehend offenen Kapitalbilanzen. Stattdessen verschlimmert Kapitalverkehrsfreiheit nach Lesart der beiden Herausgeber existierende Ineffizienzen des freien Marktes, erhöht die

Volatilität von Kapitalflüssen, verstärkt ihren pro-zyklischen Charakter und reduziert mithin die Effizienz der Ressourcenverteilung. Mit anderen Worten sei Kapitalverkehrsfreiheit mit deutlich mehr Risiken als Gewinnen verbunden und habe sich daher oft als Bumerang für die Wirtschaftspolitik in vielen Entwicklungsländern erwiesen.

Die Herausgeber sowie die große Mehrzahl der Autoren des Bandes, der ein Produkt von Diskussionen innerhalb der von *Joseph Stiglitz* in New York gegründeten „Initiative for Policy Dialogue“ (IPD) ist, sehen die Hauptursache für diesen Trugschluss in der zugrunde liegenden ökonomischen Theorie. Die orthodoxe neoklassische Theorie gehe von perfekt funktionierenden Kapitalmärkten aus, was ihrer Ansicht nach zumindest für Entwicklungsländer völlig unrealistisch sei. Stattdessen herrschten verschiedene Typen von Marktversagen vor, die ökonomische Effizienz behinderten bzw. unmöglich machten und daher staatliches Eingreifen bzw. Regulation erforderten. Vor allem im Finanzsektor seien diese Ineffizienzen freier, unregulierter Märkte zu spüren, womit die Notwendigkeit von staatlicher Regulation gerade in diesem Bereich sehr hoch sei.

Der erste Teil des Bandes widmet sich den Auswirkungen der Kapitalbilanzliberalisierung auf Entwicklungsländer. Das Ergebnis quantitativer Studien auf vergleichender Länderbasis scheint eindeutig auszufallen: Entgegen der Erwartungen von mehr Wachstum, Stabilität und Investitionen scheint der Effekt freier Kapitalmärkte oftmals das genaue Gegenteil zu sein, also weniger ökonomisches Wachstum, mehr makroökonomische Instabilität – in erster Linie als Resultat von volatilen Kapitalflüssen und häufigen Finanzkrisen – sowie mehr soziale Kosten in Form von erhöhter Einkommensungleichheit und höherer Armutsraten.

Im zweiten Abschnitt werden verschiedene Formen von Regulationen des Kapitalkontos unter die Lupe genommen. Prinzipiell unterschieden wird zwischen Kapitalverkehrskontrollen sowohl bei Einfuhren wie bei Ausfuhren, auf Quantitäts- sowie auf Preisbasis. Zur erstgenannten Kategorie zählen traditionelle administrative Beschränkungen und Kontrollen für den Zufluss von Kapital in ein Land und/oder den Abfluss von Kapital aus einem Land. Diese existieren weiterhin in einer Vielzahl von Entwicklungsländern, darunter in großen Staaten wie China und Indien. Zur zweiten Gruppe zählen Kapitaleinfuhrregulationen wie z.B. unverzinsten Reserveeinlagen bei der Zentralbank für kurzfristige Kapitalinvestitionen, wie sie in den neunziger Jahren in Chile und Kolumbien angewandt wurden. Dabei zeigt sich, dass trotz der weitverbreiteten Skepsis hinsichtlich der Wirksamkeit und Effizienz solcher Maßnahmen ihnen durchaus eine positive Wirkung zugesprochen werden kann. So wird gezeigt, dass Entscheidungsträger in China, Indien und Malaysia traditionelle Kapitalverkehrskontrollen zum Erreichen wichtiger makroökonomischer Ziele eingesetzt haben, was ihnen eine größere Autonomie der Wirtschaftspolitik (u. a. das Festhalten an festen Wechselkursen) verschaffte.

Im dritten Teil des Bandes werden verschiedene Formen nationaler und globaler Finanzmarktregulationen analysiert, welche dazu beitragen können, die Risiken, die internationale Kapitalflüsse aufgrund ihres pro-zyklischen Charakters für staatliche Finanzsysteme darstellen, zu minimieren. Dazu zählen unter anderem die sogenannten Basel (I und II)-Standards für die Regulation von Banken sowie diverse Standards des IWF und der Weltbank, die nach der Asienkrise 1997/98 eingeführt wurden. Jedoch leiden diese internationalen Regulationsmechanismen zur Verbesserung der Transparenz und

Effizienz nationaler Finanzsysteme unter einem gemeinsamen Problem: der mangelnden Beteiligung der Entwicklungsländer an ihrem Design. Dies hat sowohl die Angemessenheit dieser Standards für Entwicklungsländer als auch deren Befolgung dieser Mechanismen erheblich beeinträchtigt.

Gerade angesichts der aktuellen Finanzkrise und ihrer Ursachen erscheinen die Argumente des Bandes zugunsten eines verstärkten staatlichen Eingriffs in den nationalen Finanzsektor – und das nicht nur in Entwicklungsländern – durchaus plausibel. Hat man sich als Politikwissenschaftler erst einmal durch das technische Vokabular gekämpft, ergeben sich durchaus positive Lerneffekte hinsichtlich der aktuellen wirtschaftswissenschaftlichen Debatte mit wichtigen Auswirkungen auf die Gestaltung nationaler Wirtschaftspolitik. Jedoch bleibt die grundsätzliche Frage offen, wieso Kapitalverkehrskontrollen heutzutage die Ausnahme und nicht wie in der Vergangenheit die Regel darstellen. Wie es scheint, ist Kapitalverkehrsfreiheit auch weiterhin das erklärte Ziel vieler Ökonomen und politischer Entscheidungsträger. Auf der anderen Seite ist Marktversagen im Finanzbereich offensichtlich ein permanentes Phänomen. Daher sollten Kapitalmarktregulationen theoretisch auch dauerhaft sein und nicht nur als eine Art Notbremse in Krisensituationen angewandt werden. Diese Schlussfolgerung ziehen die Autoren jedoch nicht. Mithin bleiben sie mit ihrer Kritik an der neoklassischen ökonomischen Theorie innerhalb des zumindest bis zur gegenwärtigen Finanzkrise vorherrschenden liberalen Entwicklungsparadigmas. Dieses Paradigma könnte sich allerdings nach den Ereignissen des vergangenen Jahres weitaus radikaler verändern, als es die Autoren vorhergesehen oder gar gewünscht haben.

Vergleichende Politikforschung

Pavković, Aleksandar, und Peter Radan. *Creating New States. Theory and Practice of Secession*. Aldershot. Ashgate 2007. 277 Seiten, £ 55,-.

Frank Dietrich

Die Zahl der Mitglieder der Vereinten Nationen hat sich seit der Gründung der Organisation im Jahre 1945 von 51 auf gegenwärtig 192 erhöht. Ursache für die Entstehung neuer Staaten war zunächst die Dekolonisation des afrikanischen und asiatischen Kontinents, die bis etwa Mitte der 70er Jahre angedauert hat. In jüngerer Zeit brachte eine Reihe von Sezessionen – in Ost-Timor, Eritrea, Lettland und Montenegro, um nur einige Beispiele zu nennen – weitere Staaten hervor. Der weltweite Trend zur Separation scheint ungebrochen: Basken, Kurden, Tamilen und viele andere Minderheiten kämpfen zurzeit um ihre politische Unabhängigkeit. Im vorliegenden Buch unterziehen *Aleksandar Pavković* und *Peter Radan*, die beide an der Macquarie University in Sydney lehren, die aktuellen Entwicklungen einer eingehenden Analyse.

Der erste Teil der Arbeit, der sich mit der Praxis der Sezession beschäftigt, geht von einer Untergliederung in drei Fallgruppen aus. Die Autoren untersuchen zunächst friedliche Separationen und Separationsversuche (Norwegen, Slowakei, Quebec); sodann erörtern sie gewaltsam ausgetragene Konflikte (Biafra, Bangladesch, Tschetschenien);

schließlich diskutieren sie das Auseinanderbrechen von Vielvölkerstaaten (Sowjetunion, Jugoslawien). Die kenntnisreiche Darstellung der genannten Fälle gibt dem Leser einen informativen Überblick über historische Entwicklungen ebenso wie über aktuelle Problemkonstellationen. Eine Ausnahme bilden allein die Ausführungen zum Kosovo, die die Ereignisse in einer missverständlichen Weise verkürzt wiedergeben. So schreiben die Autoren mit Bezug auf die militärische Intervention, zu der sich die NATO im März 1999 veranlasst sah: „The bombing triggered an exodus of over 700,000 of Kosovo Albanians but, in May 1999, the Serbian/Montenegrin military was forced to leave Kosovo“ (153). Die Verantwortung, die die Regierung Milošević für die größte „ethnische Säuberung“ in der postjugoslawischen Geschichte trägt, findet keine Erwähnung. Dadurch kann der Eindruck entstehen, die albanische Bevölkerung sei vor den Luftangriffen der NATO geflohen und nicht von serbischen Einheiten planmäßig vertrieben worden. Die Unterteilung der Fallgruppen legt die Frage nahe, warum einige Sezessionen bzw. Sezessionsversuche friedlich verlaufen, während andere zu blutigen Konflikten führen. Wie Pavković und Radan zu Recht hervorheben, lassen sich aus den untersuchten Fällen keine verallgemeinerbaren Erklärungen gewinnen. Es können lediglich einige Faktoren benannt werden, die die Wahrscheinlichkeit, dass militärische Mittel zur Anwendung gelangen, verringern oder vergrößern. So begünstigten z. B. das Vorhandensein demokratischer Institutionen und das Abhalten von Unabhängigkeitsreferenden die gewaltfreie Austragung der Streitigkeiten (88 ff.). Minderheiten innerhalb des Abspaltungsgebietes, die die Sezession ablehnen, und interventionsbereite Drittstaaten erhöhten hingegen das Risiko einer bewaffneten Konfrontation (118 ff.).

Auch die Frage, welche Ursachen das Entstehen separatistischer Bewegungen hat, scheint keine Antworten zuzulassen, die auf alle historischen und aktuellen Fälle zutreffen. Im zweiten Teil des Buches, der sich mit der Theorie der Sezession befasst, leisten Pavković und Radan eine überzeugende Kritik der führenden empirischen Erklärungsansätze. Gegen die These, vor allem rückständige Bevölkerungsgruppen strebten einen eigenen Staat an, um sich vor Konkurrenz – u. a. bei der Vergabe öffentlicher Ämter – zu schützen, sprechen verschiedene Beispiele. So befürworteten die Einwohner Estlands und Sloweniens, obwohl sie innerhalb der Sowjetunion bzw. Jugoslawiens über den höchsten Lebensstandard verfügten, mehrheitlich die Unabhängigkeit (180 ff.). Auch die umgekehrte Auffassung, insbesondere wohlhabende Regionen suchten die Abspaltung, weil sie innerstaatliche Transferleistungen vermeiden wollten, hat nur begrenzte Erklärungskraft. Wie Moldawien, Kosovo, Korsika und eine Reihe weiterer Beispiele zeigen, streben nicht selten relativ arme Landesteile nach politischer Selbstbestimmung (186 ff.). Im Anschluss an die empirischen Theorien erörtern Pavković und Radan die normativen Diskussionen, die in Philosophie und Rechtswissenschaft zur Sezession geführt werden. Das juristische Kapitel informiert sowohl über verfassungsrechtliche Regelungen als auch – vergleichsweise kurz – über die Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts im Völkerrecht. Das philosophische Kapitel verdient insofern besonderes Interesse, als die Autoren hier über die reine Darstellung der aktuellen Diskussion hinaus ihre eigene Position skizzieren. Ihre Überlegungen gehen von einer Kritik der beiden wichtigsten Theorieansätze, der „choice theories“ und der „just cause theories“, aus. Erstere gründen ein moralisches Recht zur Sezession auf den mehrheitlichen Willen der Gebietsbevölkerung; letztere machen die Befugnis zur Abspaltung vom Erleiden staatlichen Unrechts

abhängig. Pavković und Radan zufolge erweisen sich beide Theorieansätze bei der Beurteilung der im ersten Teil des Buches betrachteten Fälle als wenig hilfreich. Die „choice theories“ seien häufig nicht anwendbar, weil Unabhängigkeitsreferenden entweder gar nicht stattfänden oder modernen demokratischen Standards nicht genügten. Der mehrheitliche Wille der Bevölkerung, der die Sezession legitimieren soll, könne in vielen Fällen nicht zweifelsfrei festgestellt werden (207 ff.). Die „just cause theories“ seien insofern problematisch, als staatliche Repressionen gegen eine Bevölkerungsgruppe oftmals erst eine Reaktion auf Sezessionsbestrebungen darstellten. In den Theorien bleibe ungeklärt, ob die Separatisten auch dann zur Sezession berechtigt seien, wenn sie die Unrechtshandlungen des Staates selbst provoziert haben (209 ff.).

Ausgehend von den vorstehend skizzierten Einwänden schlagen die Autoren vor, auf die Annahme eines moralischen Rechts zur Sezession zu verzichten. Bei der Beurteilung separatistischer Konflikte sollten stattdessen die Mittel im Blickpunkt stehen, derer sich die Streitparteien bedienen. Das grundlegende Prinzip lautet: „Thou shalt not kill non-threatening non-combatants or evict them in pursuit of any claim, secessionist or anti-secessionist“ (214). Die Verurteilung von separatistischen Bewegungen wie auch von Staaten, die ihre Ziele mit Gewalt zu erreichen trachten, ergibt allerdings noch keine eigenständige Theorie. Solange Mord und Vertreibung unterbleiben, sehen Pavković und Radan offenbar in dem Wunsch territorial konzentriert lebender Bevölkerungsgruppen, einen souveränen Staat zu besitzen, eine ausreichende Rechtfertigung für die Sezession. Insofern kann das von ihnen befürwortete Verfahrensprinzip nur als eine – im Kern sicher sinnvolle – Ergänzung der „choice theories“ gelten.

Insgesamt bietet das Buch eine kompetente Einführung in die vielfältigen Probleme, die die Sezession staatlicher Teilgebiete aufwirft. Die Verbindung von Fallstudien und sozialwissenschaftlichen, philosophischen sowie rechtswissenschaftlichen Theoriediskussionen vermittelt einen umfassenden Überblick über die behandelte Thematik. Für Leser, die sich erstmals mit dem facettenreichen Phänomen des Separatismus beschäftigen, bietet der sorgfältig editierte Band einen geeigneten Einstieg. Besondere Erwähnung verdienen die kommentierten Literaturempfehlungen am Ende jedes Kapitels, die eine wichtige Hilfestellung für weiterführende Studien geben.

Europäische Union

Büchs, Milena. *New Governance in European Social Policy. The Open Method of Coordination*. London. Palgrave Macmillan 2007. 224 Seiten, £ 45,-.

Christian Brütt

Milena Büchs analysiert die Offene Methode der Koordinierung (OMK) als politische Innovation und sozialpolitischen Fortschritt in der EU. Die bisher dominante, in Scharpf'scher Diktion negative bzw. marktschaffende Integration habe den Ruf nach einer positiven bzw. marktkorrigierenden Integration mittels europäischer Sozialpolitik evoziert. Mit der OMK werde versucht, der EU in der Sozialpolitik eine neue Rolle zuzuweisen, ohne die Kompetenz der Mitgliedstaaten in diesem Bereich formal einzuengen.

Ihre Studie gliedert Büchs in neun Kapitel und drei Teile. Im ersten Teil diskutiert sie die zentrale methodologische Frage, wie Wirkungsweise und Strategie der OMK konzipierbar sind. Nach kurzer Diskussion unterschiedlicher Ansätze (*diffusion, peer pressure and shaming, discourse, policy learning and deliberation, mimicking*) folgert sie, dass die Wirkungsweise der OMK als *bottom-up*- und ebenso als *top-down*-Prozess eines Zwei-Ebenen-Spiels analysiert werden müsse, in dem die Mitgliedstaaten sowohl unterschiedlich stark die Agenda der OMK beeinflussen als auch in Abhängigkeit von internen politischen wie institutionellen Faktoren die OMK auf unterschiedliche Weise als externen Faktor für jeweils nationale politische Projekte nutzen können. Büchs bezeichnet diese Form der endogen produzierten externen Faktoren etwas missverständlich als „invited dutifulness“ (26), zumal sie sie als Verschleierungsstrategie konzipiert: „Invited dutifulness’ is a two-level game in which national governments agree to OMC objectives out of domestic interests but do not reveal this stance to their electorates.“ (156) Die inhaltliche Ausrichtung der OMC verortet Büchs im Umfeld des sogenannten Dritten Weges, wie er von Giddens und New Labour entworfen wurde. Zwar sei der Terminus nicht in den offiziellen Dokumenten der EU erwähnt, doch könne mit der offiziell vertretenen normativen Zielsetzung unter der Bezeichnung „Europäisches Sozialmodell“ breite Übereinstimmung festgestellt werden (42 f.). Im empirischen Teil der Studie untersucht Büchs zunächst die Kontextbedingungen und Auswirkungen der OMK am Beispiel von Großbritannien und Deutschland (Kap. 4 und 5). Aus dem Vergleich der politischen und institutionellen Kontextfaktoren (*goodness of fit, political system and actor constellation, social partners and NGOs, NAP production, relationship to the EU*) folgert sie, dass in Deutschland weit größere Anreize für politische Akteure als in Großbritannien bestehen, die OMK aktiv für eigene Belange zu nutzen (Kap. 4). Anhand der Entwicklung der jeweiligen Arbeitsmarktpolitik im Zeitraum 1997 bis 2006 vermag sie zu zeigen, dass Deutschland die Europäische Beschäftigungspolitik (EES) für die Rechtfertigung eigener Reformzwecke tatsächlich aktiver genutzt hat. Insbesondere seit den sogenannten Hartz-Reformen sei die Lücke zwischen Anspruch der EES und Wirklichkeit in Deutschland weitestgehend geschlossen worden. Zu bemerken sei, dass diese Lücke in Großbritannien in diesem Ausmaß niemals bestanden habe (Kap. 5). Im abschließenden dritten Teil evaluiert Büchs die Effektivität (Kap. 6) und Legitimität (Kap. 7) der OMK. Dabei unterscheidet sie je eine Evaluation erster Ordnung, in der die von der EU selbst gesetzten Ziele und Ansprüche bewertet werden, von einer Evaluation zweiter Ordnung, in der diese selbst gesetzten Ziele und Ansprüche kritisch reflektiert werden sollen (99). Die meisten Ziele seien weder zum Zeitpunkt des von der EU selbst gesetzten Zwischenfazit 2005 erreicht worden noch sei es wahrscheinlich, dass sie bis zum Zieljahr 2010 erreicht würden. Das gelte sowohl für die EES als auch für die OMK-Inklusion. Letztere sei vielmehr nicht nur durch Stagnation, sondern durch Rückschritte gekennzeichnet (Kap. 6). Aufgrund der Evaluation der Legitimität schließt Büchs, dass die OMK weitestgehend den Vorstellungen einer Output-Legitimation zu Lasten einer Input-Legitimation folge. Sowohl die Beteiligung nichtstaatlicher Akteure am Prozess der OMK als auch die OMK selbst blieben der Wettbewerbsagenda untergeordnet.

Albert O. Hirschman hatte vor Jahren in seiner Untersuchung über die „Rhetoric of Reaction“ drei Thesen als konservative Reaktionsmuster auf politisch angestrebte Ver-

änderungen herausgearbeitet: *futility, jeopardy, perversity*. Übertragen auf Büchs' Studie heißt das: Gefährlich in dem Sinne, dass sie den bereits erreichten Stand des „hard law“ ersetze, sei die OMK nicht. Dennoch sei nicht auszuschließen, dass das „soft law“ der OMK den weiteren Ausbau des „hard law“, also einen höheren Grad an Verbindlichkeit, behindere. Vergeblich im Sinne von wirkungslos sei die OMK ebenfalls nicht, obwohl sie ihr Ziel verfehlt, die Dominanz der negativen Integration abzubauen. Die OMK berge hingegen das Potenzial, perverse Effekte zu zeitigen; statt effektiv zu sein, habe sie ein „complex and opaque multi-level governance system“ errichtet, das zudem „problems of democratic legitimacy“ erzeuge (152). Als Gegenmittel schlägt Büchs mehr Transparenz und eine Re-Parlamentarisierung des Entscheidungsfindungsprozesses sowie eine regelmäßige Bewertung sowohl des Gegenstands als auch der Abläufe und Instrumente der OMK vor.

Insgesamt legt Büchs eine ihrem Gegenstand angemessen komplexe, jedenfalls für die Diskussion um eine europäische Sozialpolitik sehr zu empfehlende Studie vor.

Internationale Beziehungen/Internationale Politik

Chesterman, Simon, und Chia Lehnhardt (Hrsg.). *From Mercenaries to Market. The Rise and Regulation of Private Military Companies*. Oxford. Oxford University Press 2007. 275 Seiten, € 99,90.

Christian Reisinger

Der Einsatz von kommerziellen, nicht-staatlichen Gewaltakteuren (sog. Private Military Companies, kurz PMCs) sorgt spätestens seit dem letzten Irakkrieg für kontroverse Diskussionen. Nicht zuletzt die Empörung darüber, dass sich kommerziell motivierte Akteure direkt oder indirekt an Kampfhandlungen beteiligen, hat einige Bedenken hinsichtlich einer als gefährlich wahrgenommen Vermengung von öffentlichen und privaten Interessen geweckt. Als besonders makabrer Referenzpunkt gilt dabei stets die mittlerweile aufgelöste Firma „Executive Outcomes“, die in den neunziger Jahren im Auftrag verschiedener afrikanischer Regierungen, etwa der von Sierra Leone, aktiv in Konflikte eingegriffen hatte. Im Kontext dieser Debatte nimmt der rezensierte Band einen dezidiert pragmatischen Standpunkt ein, indem er die von vielen Akteuren nach wie vor geteilte „traditionelle“ Forderung nach einem weitreichenden Verbot von PMCs als illusorisch darstellt. Die Herausgeber machen sich zu Fürsprechern eines „realistischen“ Standpunkts, nach dem man PMCs heute schlicht als festen Bestandteil des internationalen Systems betrachten müsse. Daher sei es notwendig, sich praktisch mit der Frage auseinanderzusetzen, wie sie effektiv reguliert werden können. Dieser Anspruch wird bereits im Vorwort des ehemaligen Finanzministers von Sierra Leone, *James O. C. Jonah*, deutlich, in dem er den Einsatz eben jener umstrittenen Firma Executive Outcomes (EO) in Sierra Leone verteidigt und zu dem Schluss kommt: „Whatever viewpoint one may hold, PMCs are here to stay: governments find them useful and are prepared to pay for their services“ (vii). Das Buch folgt einer groben Einteilung in vier unterschiedliche Aspekte des Problems der Regulierung von PMCs („Concerns“, „Challenges“, „Norms“, „Markets“), die sich

bei näherem Hinsehen allerdings als wenig aussagekräftig herausstellt. Viele Beiträge stellen bestenfalls einen vagen Bezug zu ihrem jeweiligen Teil her; manche könnten ebenso gut an einer anderen Stelle des Buches stehen. Dies wird bereits im ersten Teil („Concerns“) deutlich. Dort stellt etwa *Sarah Percy* gängige moralische Einwände gegen den Einsatz von PMCs dar und konstatiert, dass sich diese allesamt lediglich auf deren Status als nicht-staatliche Gewaltakteure, nicht jedoch auf deren eigentliche Aktivität beziehen. Da diese Bedenken nicht alleine durch eine stärkere Regulierung der Aktivitäten von PMCs zu zerstreuen seien, schreibt Percy, solle dem öffentlichen Diskurs über die Moralität nicht-staatlicher Gewaltakteure in einem regulativen System die Rolle einer demokratischen Kontrollinstanz zugeschrieben werden. *Kevin O’Briens* Beitrag zu der Frage, wie umfangreich die Regulierung von PMCs sein sollte, enthält jedoch insgesamt wenig, was sich ohne große Mühe dem Stichwort des ersten Teils zuordnen ließe. Seine Darstellung eines fiktiven, idealtypischen Regulierungssystems beschäftigt sich eben nicht mit „Concerns“ im eigentlichen Sinne, sondern nimmt bereits die Lösung des Problems der Regulierung vorweg. Auf einen bisher wenig beachteten Aspekt lenkt *Anna Leander* ihre Aufmerksamkeit, nämlich der Frage, wie der Einfluss von PMCs auf Entscheidungsträger im politischen Prozess reguliert werden kann. Leander stellt dar, dass entsprechende Regulierungsversuche wenig Aussicht auf Erfolg haben, etwa aufgrund der Auslagerung der Politikprozesse auf eine überstaatliche Ebene, die außerhalb des Einflussbereichs von Nationalstaaten liegt.

Unter dem Stichwort „Challenges“ enthält der zweite Teil des Bands eine Darstellung verschiedener konkreter und potentieller Einsatzsituationen von PMCs, teilweise mit einem Fokus auf die sich daraus ergebenden Probleme. In ihrem aufschlussreichen Aufsatz schildern *Angela McIntyre* und *Taya Weiss* die ambivalente Bedeutung nicht-staatlicher Gewaltakteure in Afrika. Gerade vor dem Hintergrund des insgesamt kritischen Tons dieses Beitrages überrascht allerdings die Schlussfolgerung, dass PMCs schon heute die effizientesten und in Zukunft womöglich auch einzig effektiven Streitkräfte auf dem afrikanischen Kontinent seien. *David Isenberg* widmet sich in seinem Aufsatz den Herausforderungen des Einsatzes von PMCs im Irak. Er hebt besonders das Problem der schwierigen Koordinierung zwischen regulären Truppen und PMCs hervor – alleine dafür habe die US-Regierung einen Auftrag über knapp 300 Millionen US Dollar an eine externe Firma vergeben – und kritisiert die fehlende Verantwortlichkeit der PMCs für etwaiges Fehlverhalten. *Elke Krahmhann* schließlich konzentriert sich auf den Einsatz von PMCs im Bereich von Reformen des Sicherheitssektors in post-Konflikt Staaten, den sie aus der Sicht von Geber- und Empfängerstaaten gleichermaßen untersucht.

Der dritte Teil („Norms“) verfolgt das Ziel, die Anwendbarkeit geltender nationaler und internationaler Rechtsnormen auf PMCs zu untersuchen. *Louise Doswald-Beck* tut dies mit Blick auf das humanitäre Völkerrecht, indem sie untersucht, inwiefern sich grundlegende Unterscheidungen aus diesem, z. B. jene zwischen Kombattanten und Zivilisten, auf PMCs anwenden lassen. Der Beitrag folgt klaren praktischen Fragestellungen – etwa den Fragen, ob Mitarbeitern von PMCs im Falle einer Internierung der Status als Kriegsgefangene zukommt oder ob diese angegriffen werden dürfen –, die zugleich die Schwierigkeiten und konzeptionellen Probleme einer Regulierung von PMCs gut verdeutlichen. *Chia Lehnhardt* thematisiert in ihrem Beitrag die völkerrechtlich relevante

Frage, inwiefern und unter welchen Umständen Staaten für das Verhalten von in ihrem Auftrag handelnden PMCs haftbar gemacht werden können. *Marina Caparinis* Beitrag schließlich ist der einzige, der sich mit nationalstaatlichen Aspekten der Regulierung von PMCs auseinandersetzt. Aus ihrem Vergleich der Regelungen zum Export militärischer Güter und Dienstleistungen der Vereinigten Staaten und Südafrikas lassen sich eine Reihe praktischer Empfehlungen für den Aufbau ähnlicher Strukturen in anderen Ländern ziehen.

Schließlich befasst sich der letzte Teil des Buches mit Aspekten des Marktes für PMCs und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für eine Regulierung dieser Akteure. *Deborah Avant* und *Laura A. Dickinson* untersuchen in ihren Aufsätzen jeweils das komplexe Wechselspiel von staatlichen und marktbasieren Formen der Regulierung. Nach Ansicht Avants können Marktmechanismen eine effektive Regulierung einerseits deutlich erschweren, andererseits könne sich jedoch die zu erwartende Professionalisierung der Branche insgesamt positiv auf die Qualität der angebotenen Dienstleistungen auswirken. Dickinson analysiert das Potential einer vertragsbasierten Regulierung von PMCs, die sie für einen wichtigen Bestandteil jedes auf höchstmögliche Verantwortlichkeit abzielenden Regulierungssystems hält. *James Cockayne* untersucht die Beziehungen zwischen Regierungen und PMCs aus der Perspektive von Prinzipal-Agent Theorien. Positiv hervorzuheben ist insbesondere, dass er in seinen Schlussfolgerungen die Thematik der Regulierung in den größeren Kontext des globalen Wandels von Staatlichkeit setzt. An dieser Stelle wird das Versäumnis der Herausgeber deutlich, diesem wichtigen Thema einen eigenen Beitrag gewidmet zu haben. Zuletzt beleuchten *Andrew Bearpark* und *Sabrina Schulz*, beide von der British Association of Private Security Companies, die Zukunft der Regulierung von PMCs. Diese sehen sie in einem multidimensionalen Ansatz, der im Kern auf nationalstaatlicher Regulierung basiert, in dem jedoch der Selbstregulierung der Branche ein wichtiger Stellenwert eingeräumt wird. Insgesamt betrachtet stellt „From Mercenaries to Markets“ einen nützlichen Beitrag zur Debatte über PMCs dar, der sich mit dem Schwerpunkt auf Regulierung einem wichtigen Thema zuwendet. Der realistische Anspruch des Buchs wird durch die Aufsätze hindurch aufrechterhalten und findet seinen Niederschlag nicht zuletzt auch in der Betonung der spezifischen Vorteile von PMCs in unterschiedlichsten Situationen. Dieser wohlwollende Grundton geht jedoch zuweilen zu Lasten einer kritischen Distanz zum Thema, die angesichts der gravierenden und in dem Buch teilweise angedeuteten Fälle des Fehlverhaltens von PMCs durchaus angebracht wäre. Viele Annahmen, die diesem Optimismus augenscheinlich zugrunde liegen, bleiben leider ungeprüft. Besonders im ersten Teil zu „Concerns“ wäre daher eine tiefergehende normative Debatte wünschenswert gewesen, die auch als Bezugspunkt für die nachfolgenden Beiträge hätte dienen können. Ohne diese bleibt leider oft unklar, wo die Grenzen für die Auslagerung ursprünglich staatlicher Gewalt gezogen werden, was jedoch gerade im Hinblick auf die Regulierung der Branche eine Frage von höchster Brisanz darstellt.

Zaum, Dominik. *The Sovereignty Paradox. The Norms and Politics of International State-Building*. Oxford. Oxford University Press 2007. 282 Seiten, £ 45,-.

Alexander Warkotsch

State-building ist zu einer zentralen Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft geworden, wird Sicherheit und Stabilität doch heutzutage weniger von starken als von schwachen Staaten bedroht. Von Bosnien-Herzegowina über Kosovo nach Ost-Timor stellt sich internationales *state-building* jedoch weniger als schlichtes *post-conflict peacekeeping* dar. Vielmehr greifen externe Akteure hier tief in staatliche Souveränitätsrechte ein. Sie erfüllen staatliche Aufgaben, indem sie Staatlichkeit vor Ort durch eigenes Militär-, Polizei- und/oder Zivilpersonal substituieren sowie wichtige Funktionen in politischen Institutionen übernehmen. Solche internationalen Administrationen (oder neudeutsch „Neo-Trusteeships“) sind auch Gegenstand des Buches von Dominik Zaum. Anders als die den Literaturkanon zum internationalen *state-building* beherrschenden Abhandlungen über die generellen Dilemmata, Schwierigkeiten sowie Strategien und Ansätze externer Stabilisierung fragiler Staatlichkeit, geht es in Zaums Buch in gewisser Weise zwar auch um Strategieansätze, jedoch vor allem um die Frage inwieweit unterschiedliche Souveränitätsvorstellungen internationaler Administratoren deren *state-building*-Aktivitäten beeinflussen.

Die in zwei Abschnitte unterteilte Analyse Zaums ist gleichermaßen kenntnisreich und überzeugend. Der erste Teil führt in die Konzepte und Theorien ein, die seiner konstruktivistisch unterlegten Analyse zugrunde liegen. Hierzu wird zunächst die Geschichte und Bedeutung von Übergangsverwaltungen in der internationalen Politik sowie die Entwicklung verschiedener Souveränitätsinterpretationen erläutert. Nach Zaums Verständnis kann Souveränität heute nicht länger nur als unbestrittene Kontrolle des Staates über sein Territorium verstanden werden. Vielmehr existiere ein liberaler Souveränitätskonsens, der dem Staat bestimmte Fürsorgepflichten gegenüber seinem Volk abverlangt, bevor dieser als legitim souverän gelten kann. Hierauf aufbauend enthält der zweite Abschnitt insgesamt drei gut strukturierte, mit hilfreichen Tabellen und Organigrammen versehene Fallstudien zu den *state-building*-Aktivitäten internationaler Administrationen in Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Ost-Timor. In welchem Maße lassen sich in internationale Treuhänderschaften eingebundene Akteure von eben jener liberalen Souveränitätsvorstellung leiten? Was ist deren Wirkung auf das Verhältnis zwischen internationalen Administratoren und indigenen Strukturen? Das sind die zentralen Fragen Zaums. Hierzu untersucht der Autor extern induzierte Reformvorhaben in Justiz und Verwaltung auf ihre Wirkung in Bereichen wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft. Dem Autor gelingen dabei nicht nur stichhaltige Aussagen zum Sozialisationspotenzial westlicher Normen, sondern auch darüber, inwieweit sich durch den Normentransfer Legitimation stiftende Effekte für die Sozialisationsinstanz erzielen lassen.

Zaum ist eine wichtige Erweiterung des Literaturkanons zur Rolle internationaler Administrationen gelungen. Er erschließt mit seiner konstruktivistischen Analyse neues, wichtiges Terrain in der bislang zumeist „realistisch“ geprägten *state-building*-Debatte. Das Souveränitätsparadoxon, wonach internationale Administrationen die Souveränität

eines *state-building*-Adressaten reduzieren, um sie langfristig zu erhöhen, hat sich als nützlicher Rahmen zur Analyse der Rolle von Normen im Kontext internationalen *state-buildings* erwiesen.

Konzeptionell weniger glücklich ist jedoch Zaums eng gefasster Souveränitätsbegriff. Dieser ist auf politische Autorität als Transmissionsriemen zur Herstellung von lokaler Gefolgschaft und Legitimität fokussiert. Gerade einer konstruktivistisch unterlegten Analyse hätte es jedoch gut zu Gesicht gestanden, wären hier grundlegende Aspekte des „Überzeugens“ als weiterer Modus zur Schaffung von „compliance“ berücksichtigt worden. Auch wirkt Zaums Einführung in die seinem Souveränitätsverständnis zugrunde liegende „responsibility to protect“-Doktrin etwas langatmig; schließlich wurde dieses Konzept bereits an anderer Stelle intensiv diskutiert. Die Doktrin wird vom Autor als für die Rechtfertigung internationaler Administrationen entscheidendes Normenbündel präsentiert. Sicherlich sind Überlegungen externer Akteure in diese Richtung wichtige Determinanten bei ihrer Entscheidung für oder wider die Errichtung internationaler Treuhänderschaften. Ihnen einen alles entscheidenden Einfluss zu unterstellen, scheint indes übertrieben. Hier hätte man sicherlich auch Aspekte des Rechts auf Selbstbestimmung innerhalb der Souveränitätsdebatte thematisieren können. Dies ließe die Analyse umfassender und abgerundeter ausfallen. Da Zaum Fragen der Selbstbestimmung als vom Souveränitätsdiskurs unabhängig betrachtet, wird auch die Nachvollziehbarkeit seiner Kernthese der kurzfristigen externen Reduktion von Souveränität zur langfristigen Sicherung derselben für die Interventionsadressaten erschwert. Schließlich ist das Ergebnis internationaler Treuhänderschaften zumeist die Errichtung eines völlig neuen Staates, der vom ursprünglichen Interventionssubjekt grundverschieden ist.

Diese kleineren Schwächen beeinträchtigen das Gesamturteil zu Zaums Buch jedoch kaum. Mit „The Sovereignty Paradox“ hat der Autor ein empirisch äußerst reichhaltiges und analytisch anregendes Buch auf den Markt gebracht. Es wird zweifellos dem besseren Verständnis der Frage dienlich sein, inwieweit Normen und Ideen die Aktivitäten internationaler Administratoren beeinflussen.

Politische Bildung

Weißeno, Georg (Hrsg.). *Politikkompetenz. Was Unterricht zu leisten hat*. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008. 426 Seiten. € 24,90.

Mandana Biegi

Georg Weißeno spiegelt in seinem Sammelband den Stand der Diskussion wider, die beim 11. Werkstattgespräch der Bundeszentrale für Politische Bildung unter dem Titel „Leistungsmessung und Qualitätssicherung – Basiskonzepte für die politische Bildung“ im Herbst 2006 stattfand. Zielgruppen des Bandes sind nach Aussage des Herausgebers „alle, die in der schulischen und außerschulischen politischen Bildung arbeiten“ (426). Es wird u. a. zu prüfen sein, ob diese Zielgruppe mit dem Band erreicht wird.

Das Buch ist in fünf Teile mit insgesamt 27 Beiträgen ausgewiesener Autorinnen und Autoren aus der Lernpsychologie, der Politikwissenschaft, der Unterrichtspraxis und der

Politikdidaktik gegliedert. Im ersten Teil wird der Blick auf „Kompetenzen. Beiträge der Lernpsychologie und empirischen Pädagogik“ gelenkt. In Teil II zu „Politikwissenschaft und Fachwissen“ erläutern vier Vertreter der Teildisziplinen der Politikwissenschaft, welches Fachwissen junge Menschen zur Erfassung der politischen Welt benötigen. Im III. Teil werden „Basis- und Fachkonzepte für die politische Bildung“ diskutiert, an die sich „Empirische politikdidaktische Beiträge“ im IV. Teil anschließen. Am Ende des Bandes wird der Blick auf „Veränderungen in der Praxis des Politikunterrichts“ gerichtet.

Seit 2003 werden die ersten nationalen Bildungsstandards für verschiedene Schulfächer in Deutschland eingeführt. Bislang sind von der Kultusministerkonferenz (KMK) keine Standards für den Politikunterricht geplant. Dennoch herrscht unter den Autorinnen und Autoren des Buches mehrheitlich die Ansicht vor, dass der Politikunterricht sich dem Prozess der Standardentwicklung nicht entziehen könne und solle. Im Beitrag *Olaf Köllers* zur „Qualitätssicherung in der schulischen Bildung“ wird ein optimistischer Tenor vorgegeben, der sich wie ein roter Faden durch den gesamten Band zieht: Mit den KMK-Beschlüssen von 2003 und 2004 sei ein Paradigmenwechsel eingeleitet worden, indem in der Bildungsforschung eine neue Outputsteuerung (durch TIMSS und PISA) hinzugekommen sei, „bei der eine systematische Überprüfung der Bildungserträge auf Seiten der Schülerinnen und Schüler Steuerungswissen auf der Systemebene generieren soll“ (22). Zwar gibt es für den Politikunterricht noch keinerlei Qualitätssicherung, aber die positive Aufnahme der bisherigen Testverfahren und -ergebnisse anderer Schulfächer findet sich in einer Vielzahl von Beiträgen wieder und lässt darauf schließen, dass es eine große Aufgeschlossenheit gegenüber ähnlichen Verfahren für die Politische Bildung gibt.

Es stellt sich damit zunächst die Frage, was denn in der Politischen Bildung überhaupt gemessen werden könnte. Die Diskussion kreist um zwei Kernpunkte: Basiskonzepte als inhaltliche Dimension des Schulfaches und Kompetenzen. Die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) hat bereits 2004 einen ersten Entwurf für ein Kompetenzmodell erstellt, dessen zentrale Ideen und Elemente sich in vielen Beiträgen des Sammelbandes wiederfinden. Weißeno bewertet das erste Kompetenzmodell der GPJE als „fachpolitische Innovation“ (13). Diesem liegt eine lernpsychologische Definition zugrunde: „Kompetenzen sind die bei den Schüler/-innen verfügbaren Fähigkeiten und Fertigkeiten, die erforderlich sind, um gestellte Probleme und Aufgaben lösen zu können“ (11). Weiter werden die drei Kompetenzdimensionen politische Urteilsfähigkeit, politische Handlungsfähigkeit und methodische Fähigkeiten differenziert.

Bislang hat es nur wenige Versuche gegeben, Kompetenzen im Bereich der politischen Bildung zu messen. *Vera Husfeldt* weist darauf hin, dass es eine präzise Definition der angestrebten Kompetenzen zu erarbeiten gelte, da sich ansonsten die Tendenz verstärken werde, dass der Stellenwert der Politischen Bildung in der Öffentlichkeit sinkt. An dem Versuch einer Definition, die über den Entwurf der GPJE hinaus geht, versuchen sich eine Vielzahl von Beiträgen des Bandes. Es lässt sich daraus die erfreuliche Erkenntnis ziehen, dass die Fachvertreterinnen und -vertreter der Politikdidaktik und der Politischen Bildung im permanenten Gespräch miteinander sind. Selbstverständlich unterscheiden sich die Diskussionsbeiträge erheblich. Während *Hans Merckens* unter der Fragestellung „Welches Wissen kann von Jugendlichen erwartet werden?“ sehr allge-

meine Feststellungen trifft, beschäftigt sich *Heinz Reinders* sehr konkret mit Lehr-Lern-Formen wie „Service-Learning“, in denen Kompetenzen erworben und trainiert werden können. Reinders' Ausführungen verweisen zugleich (als einzige in dem Buch) darauf, wie lebensnah und ermutigend Politikunterricht in Schulen aussehen könnte, stünden diesem mehr Freiräume in der Unterrichtsgestaltung zu.

Im Hinblick auf Basiskonzepte kommen vier Fachvertreter der Politikwissenschaft zu Wort, die aus der Perspektive der politischen Systemlehre, der politischen Ideengeschichte und der Internationalen Beziehungen erläutern, welches inhaltliche Wissen Schülerinnen und Schüler zu erwerben hätten. *Werner Patzelt* postuliert nach seiner Ausführung zu einem sehr anspruchsvollen Bildungskanon der politischen Systemlehre, dass der „Fluchtpunkt aller Anstrengungen politischer Bildung [...] die angestrebte Rolle des Bürgers im Staat“ (119) sei; diesem sei Verfassungspatriotismus beizubringen. *Hans Vorländer* fordert ebenfalls sehr voraussetzungsreich: „In kognitiver Hinsicht sollten Schüler/-innen am Ende ihrer Schullaufbahn Klassiker des politischen Denkens, zentrale Begriffe und ideologische Bewegungen und Strömungen kennen“ (127). Und schließlich erwarten *Thomas Nielebrock* und *Volker Rittberger*, dass Jugendliche vier systemische Perspektiven auf das internationale System kennenlernen. Deutlich wird dabei, dass gerade die vier Vertreter der Politikwissenschaft lediglich Abiturienten vor Augen haben, denn die genannten Unterrichtsinhalte weisen allesamt ein sehr hohes Abstraktionsniveau auf. Dazu, wie sich dieses reduzieren ließe, gibt es weder Überlegungen von Fachvertretern noch von Didaktikerinnen oder Didaktikern, die diese fachdidaktische und unterrichtspraktische Perspektive aufgegriffen hätten. Zwar gibt es im Beitrag von *Dagmar Richter* über die Kompetenzdimension Fachwissen einen Verweis auf die Differenzierung von fünf Niveaus nach Weißeno und den Hinweis, dass Basis- und Fachkonzepte diskursiv in der Wissenschaftsgemeinde entschieden werden müssten. Gerade diese Auseinandersetzung findet hier aber nicht statt, so dass die drei Beiträge der politikwissenschaftlichen Vertreter isoliert im Band stehen bleiben; es fehlt der diskursive Bezug zu den übrigen Beiträgen. Vermutlich resultiert dies aus der Angst der Politikdidaktik vor „einer Verstofflichung der politischen Bildung“ (185), die *Peter Massing* diagnostiziert. Er selbst wagt sich ebenso wie *Joachim Detjen* mit einem Vorschlag für Basiskonzepte hervor.

Ingo Juchler greift in seinem Aufsatz „Politische Begriffe der Außenpolitik“ ein zentrales Anliegen des Politikunterrichts auf, der in der Euphorie der Standardisierungsoptimisten nicht vergessen werden sollte: Zentrale Aufgabe sei (immer noch) die Begriffsbildung. „Erst die Auseinandersetzung mit dem je unterschiedlichen Begriffsgebrauch, die je eigene Interpretation von Texten, ermöglicht den Schülerinnen und Schülern im hermeneutischen Prozess die Erlangung eines adäquaten Verständnisses des Begriffs und damit den Aufbau von *Political Literacy*“ (173). Bedauerlich ist nur, dass sich dieser instruktive Beitrag durch zwei wenig aussagefähige und für das Verständnis oder die Ergänzung des Textes unerhebliche Abbildungen (170, 177) empfindlich beschädigt.

Positiv hervorzuheben ist, dass der Band einen (empirischen) Blick auf die regelmäßig vernachlässigten politischen Basiskonzepte von Grundschulkindern wirft. Angesichts der dürren Datenmenge, die im Beitrag von *Anke Götzmann* zusammengefasst wird, zeigt sich, dass es noch erheblichen Forschungsbedarf zum politischen Lernen in der Primarstufe gibt.

Ein Defizit des Bandes ist, dass die eine Hälfte der eingangs erwähnten Zielgruppe, nämlich die Vertreter der außerschulischen politischen Bildung nicht erreicht wird. In der Bundesrepublik Deutschland wird ein wesentlicher Anteil der Politischen Bildung von Volkshochschulen, Gewerkschaften, Verbänden, zivilgesellschaftlichen Gruppen, Kirchen, Stiftungen und anderen Trägern geleistet. Obgleich diese vom Herausgeber als Zielgruppe genannt werden, dürften die Diskussionsbeiträge im Sammelband für deren Bildungsarbeit nur wenige Impulse liefern. Im Hinblick auf den genannten Paradigmenwechsel einer zukünftig output-orientierten politischen Bildungsarbeit in Schulen ist dies nachvollziehbar; es zeigt aber auch, dass sich schulische und außerschulische politische Bildungsarbeit noch weiter voneinander entfernen werden.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass der Band die zentralen und umstrittenen Fragen, was die Basiskonzepte der Politischen Bildung sein und welche Kompetenzen gefördert werden sollen, nicht abschließend beantworten kann und will. Vielmehr wird der Stand der aktuellen Diskussion wiedergegeben. Das Buch zeigt vor allem, dass eine lebhaft und vielschichtige Diskussion zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Lernpsychologie, der Unterrichtspraxis und der Politikdidaktik stattfindet. Die Politikwissenschaft tut sich dagegen noch ein wenig schwer, Zugang zur Debattenkultur der Bildungsforschung zu finden.

Historische Politikforschung

Bell, Duncan. *The Idea of Greater Britain. Empire and the Future of World Order. 1860-1900*. Princeton. Princeton University Press 2007. 321 Seiten. US-\$ 45,-.

Burkhard Conrad

Die Ausbildung eines weltpolitischen Bewusstseins geschieht im Europa des 19. Jhds. in großen Schritten. Dabei lassen sich mindestens drei Bereiche unterscheiden, innerhalb derer über die politische Gestaltung der Welt nachgedacht wird: Zum einen existiert spätestens seit Immanuel Kant und dessen „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ (1784) ein Weltbewusstsein, das die globalen Entwicklungen innerhalb eines idealistischen Rahmens („ewiger Friede“) betrachtet. Dem steht im kolonialistischen 19. Jhd. (und bis heute) ein machtpolitisch orientiertes Weltbewusstsein gegenüber, welches die Erde als eine begrenzte Ressource wahrnimmt, um deren Vorherrschaft es zu streiten gilt. Sozusagen zwischen diesen beiden Polen existiert ein eher pragmatisch angelegtes Weltbewusstsein, das die rapide Verwandlung von globalen Raum- und Zeiterfahrungen wahrnimmt und deren Möglichkeiten und Gefahren in politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Handlungsstrategien übersetzt, was im deutschen Sprachraum des 19. Jhds. zum Beispiel bei Friedrich List geschieht.

Gerade hinsichtlich der unterschiedlichen Dynamiken in der Ausbildung eines weltpolitischen Bewusstseins in den politischen Gesellschaften Europas lohnt sich ein Blick über die Grenzen des deutschsprachigen politischen Denkens hinaus. Der Band von *Duncan Bell* – Nachwuchswissenschaftler aus Cambridge – untersucht eine Debatte, die der hiesigen Leserschaft nur entfernt bekannt sein dürfte. In zehn mit Primärquellen

reich gesättigten Kapiteln stellt Bell den Diskurs um ein „Größeres Britannien“ (*Greater Britain*) vor, der vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jhds. im viktorianischen England geführt wurde. Die damaligen Diskussionen drehten sich vorrangig um die Zukunft des britischen Imperiums und um die Frage, wie dessen Erbe langfristig gesichert und institutionell ausgestaltet werden kann. Unter Zuhilfenahme einer vom Autor als „hybrid contextualization“ (26) bezeichneten Methode rekonstruiert Bell diese Debatte weniger chronologisch als vielmehr an thematischen und personellen Schwerpunkten orientiert. Dabei kommen die oben erwähnten drei Bereiche des weltpolitischen Nachdenkens ständig zum Zug: Idealistische, machtpolitische und pragmatische Erwägungen vermischen sich in Bells Schilderung in hohem Maße, wie dies auch für heutige ähnlich gelagerte Debatten wie z. B. die Globalisierungsdebatte der Fall ist. Neben der ideengeschichtlichen Rekonstruktion einer historischen Debatte lässt sich Bells Text dann auch als ein Beitrag zur Geschichte des Globalisierungsdenkens lesen und ist ein Zeichen dafür, dass die politikwissenschaftlichen Disziplinen Ideengeschichte und Internationale Beziehungen immer mehr zu einem fruchtbaren Austausch finden.

Dem Buch ist anzumerken, dass es in einem kumulativen Verfahren entstanden ist. Nicht nur das Vorwort weist darauf hin; auch die Gliederung und der abgeschlossene Charakter aller Einzelkapitel machen dies deutlich. Solch ein Verfahren hat zur Folge, dass die einzelnen Abschnitte des Buches etwas unvermittelt nebeneinander stehen. Debatten über eine mögliche Institutionalisierung und Verfassung des Empires folgen auf Diskurse zu Raum und Zeit. Diese werden von Abschnitten zu einzelnen Denkern abgelöst. Zwar behandelt Bell letztlich verschiedene Dimensionen ein und derselben Debatte; diese hätte man aber bündiger miteinander verbinden können, als dies im vorliegenden Fall geschieht.

Inhaltlich bearbeitet Bell eine Reihe von Themen, wie sie auch aus der deutschsprachigen politischen Ideengeschichte des 19. Jhds. bekannt sind, die im imperialen Großbritannien aber einer spezifischen Dynamik unterworfen waren. Ein für das Verständnis der Debatte zentrales Kapitel ist der Veränderung der sozialen Zeit- und Raumwahrnehmung gewidmet, die sich unmittelbar auf das politische Weltbewusstsein niederschlug. Für ein Weltreich von der Größe des britischen Empires wurden von Beginn an adäquate Kommunikationskanäle als unabdingbare Überlebensmaßnahme eingestuft. Deshalb konstatiert Bell bei den aufgeführten Autoren aus dem späten 18. und dem frühen 19. Jhd. auch eine gewisse Skepsis, ob das Empire langfristig überlebensfähig sei. Bell zitiert Edmund Burke, der mit Hilfe einer Körpermetaphorik, wie sie auch heute noch gang und gäbe ist (Zentrum vs. Peripherie), ein Empire mit über den Globus verstreuten Ländereien für ein unwirkliches Vorhaben hielt. Dies liege, so Burke in seiner „Speech on Conciliation with America“ (1775), die von Bell zitiert wird, in der Natur der Sache: „This is the immutable condition; the eternal law, of extensive and detached Empire.“ (72). Anschaulich schildert Bell die Wirkungsgeschichte von Burkes Diktum, das erst im Gefolge der neuen Kommunikations- und Transportmittel ab der Mitte des 19. Jhds. ins Wanken geriet. Bell spricht hinsichtlich dieser veränderten Einschätzung von dem „imaginative impact of new technologies“ (77), die neue Möglichkeitshorizonte des politischen Handelns eröffneten und letztlich in einen weltpolitischen Utopismus mündeten.

Überhaupt schreitet Bell den politischen Möglichkeitshorizont ab, welcher von den damaligen Autoren bearbeitet wurde. Neben der grundsätzlichen Frage nach der räumli-

chen und zeitlichen Nachhaltigkeit des Empires handelt es sich dabei vor allem um Vorstellungen hinsichtlich einer institutionellen Verwirklichung von *Greater Britain*, die in zwei weiteren Kapiteln abgehandelt werden. Die Tatsache, dass in der zweiten Hälfte des 19. Jhds. sich mehrere Lobbygruppen (z.B. die „Imperial Federation League“) für eine weitreichende Institutionalisierung des Empires einsetzten, macht den Ernst deutlich, welchen die Propagandisten eines *Greater Britain* an den Tag legten. Nicht wenigen lag an einem britisch geführten Weltstaat. Dabei lässt sich das Projekt eines *Greater Britain* nicht einer bestimmten politischen Gruppierung zuschreiben, sondern war flügelübergreifender Natur. Gemein war den meisten Beteiligten das Ansinnen, dass Großbritannien eine fast naturgegebene Pflicht habe, die unter dem Empire versammelten Nationen zu ihrem zivilisatorischen Heil zu führen, was Bell ab und an zu kritischen, wenn auch etwas anachronistischen Kommentaren veranlasst.

Welchem Vorbild sollte *Greater Britain* aber in seiner Entwicklung folgen? Wenn das Römische Reich und Griechenland im viktorianischen England als historische Vergleichsfolien auch nahelagen, was Bell in einem weiteren Kapitel aufweist, so zeichneten sich liberale Denker wie John Robert Seeley – ihm und Goldwin Smith widmet der Autor eigene Kapitel – durch einen expliziten Neuheitspathos aus. „Emphasizing the historical distinctiveness of Greater Britain“ (226), fasst Bell das emphatische Anliegen dieses liberalen Imperialismus zusammen. Wenn überhaupt, so konnte nur das politische System der Vereinigten Staaten als Modell Pate stehen. Dieses wurde von diesseits des Atlantiks mit einer Mischung aus Hochachtung und Herablassung betrachtet (232). Trotzdem sah man in den USA die imperialen Träume von einer Nivellierung des Raumes und der Zeit verwirklicht. So war es weniger der historische Vergleich mit der Tradition als der gleichzeitige Vergleich mit dem Neuen, der das imperiale Denken in England anspornte.

Duncan Bells Band ist reich an historischem Quellenmaterial, dessen Aufarbeitung auf anschauliche Weise geschieht. Dass Bell eine Debatte rekonstruiert, die letztlich nur einen geringen Einfluss auf die britische Tagespolitik ausübte und vielmehr „bloß“ den Raum der weltpolitischen Imagination und Bewusstseinsbildung öffnete, tut der Anschaulichkeit keinen Abbruch. Ärmer ist das Buch jedoch, und dies gilt es kritisch anzumerken, an methodischer Reflexion. Bells „hybrid contextualization“ scheint eher der Rechtfertigung einer bunten Palette von Themen zu dienen als aus einem wirklichen methodischen Kalkül zu entspringen. An anderer Stelle bezieht Bell sich auf die Arbeiten von Quentin Skinner, welche die situationsgebundene Natur politischer Ideengeschichte betonen. Dem Buch hätte es nicht geschadet, wenn Bell die methodischen Erwägungen, die er anderswo veröffentlicht hat, in den vorliegenden Band integriert hätte. Der Lesbarkeit und der instruktiven Natur der Einzelkapitel tut dieser Mangel keinen Abbruch. Die Gänze des Buches hätte durch eine größere methodische wie inhaltliche Integration aber durchaus gewonnen.

Methoden der Politikwissenschaft

Gschwend, Thomas, und Frank Schimmelfennig (Hrsg.). *Forschungsdesign in der Politikwissenschaft*. Frankfurt a. M. und New York. Campus 2007. 347 Seiten, € 37,90.

Christian Stecker

Konkrete Lösungsvorschläge für die spezifischen Probleme ihrer Forschungsarbeit suchen Studierende und Doktoranden oft vergeblich. Betreuer verfügen selten über genügend Zeit, sich in einzelne Fragen hineinzudenken. Zudem führt die bestehende, meist auf Englisch verfasste Literatur zum Forschungsdesign zu großen Teilen eine eher abstrakte Methodendiskussion und ist – da teils für Spezialisten geschrieben – schwer verdaulich. Die Autoren um *Thomas Gschwend* und *Frank Schimmelfennig* haben nun Abhilfe geschaffen. In ihrem Band „Forschungsdesign in der Politikwissenschaft“ finden Studierende und Doktoranden präzise Antworten für viele Fragen, die das Design einer theoriegeleiteten empirischen Abschlussarbeit oder Dissertation aufwirft.

Der Band geht von der pragmatischen Annahme aus, dass derartige „Forschung grundsätzlich aus einem Dialog zwischen Theorie und Daten besteht, und dass alle Arten von Forschungsdesign sich mit denselben Problemen und Herausforderungen auseinandersetzen müssen“ (29). Dabei werden zentrale methodologische Unterschiede und ihre Konsequenzen für die Forschungskonzeption keineswegs weggewischt. Vielmehr diskutieren die Autoren ausgehend von konkreten Problemstellungen angemessene Lösungsmöglichkeiten für „Qualis“ und „Quantis“, Klein-N- und Groß-N- sowie X- und Y-zentrierte Studien.

Die zwölf Einzelbeiträge werden von einem Einleitungs- und Schlusskapitel umrahmt und haben alle dieselbe Struktur. Zunächst schildern die Autoren ein bestimmtes Problem des Forschungsdesigns (z. B. Auswahlbias oder erklärende Überbestimmtheit) und diskutieren anschließend, wie diesem begegnet werden kann und welche Fallstricke dabei zu vermeiden sind. Eine knappe Liste praktischer Hinweise fasst die Lösungswege zusammen. Abschließend werden die verschiedenen Strategien beispielhaft an der Forschung der Autoren illustriert. Die zwölf Einzelbeiträge begleiten die verschiedenen Stadien eines Projekts von der Identifikation des Forschungsproblems über die Theorie- und Konzeptspezifikation, Messung, Fallauswahl, Kontrolle konkurrierender Erklärungen bis hin zur Ableitung theoretischer Schlussfolgerungen.

Wie man überhaupt zu einer relevanten Forschungsfrage gelangt, überlegen *Matthias Lehnert*, *Bernhard Müller* und *Arndt Wonka*. Um einen theoretischen Ertrag zu produzieren, sei die Anknüpfung an den Forschungsstand unverzichtbar. Außerdem zeigen sie, dass der gesellschaftliche Nutzen von Studien erhöht werden kann, wenn sie genau angeben, wer in welcher Form von den analysierten Zusammenhängen betroffen ist. Dass die genaue Spezifikation von Konzepten unerlässlich ist, um präzise Beiträge zur wissenschaftlichen Debatte leisten und eine stabile Brücke zwischen Theorie und Beobachtungen schlagen zu können, steht im Zentrum des Beitrags von Arndt Wonka. Er bespricht verschiedene Wege zu angemessenen Konzepten, wie z. B. die Variation des Abstraktionsgrades oder die Nutzung von zentralen und nicht-zentralen Attributen. Matthias Lehnert diskutiert den Nutzen von Typologien bei der Beschreibung und Erklärung

sozialwissenschaftlicher Phänomene. Er schildert beispielhaft, wie das Problem der kausalen Homogenität und das Problem der Unbestimmtheit mit Hilfe von Typologien handhabbar gemacht werden kann. Wie Konzepte operationalisiert und gute Messinstrumente entworfen werden können, wird im Beitrag von Bernhard Miller besprochen. Er prüft verschiedene Validitätstests und argumentiert, dass Indikatoren auch qualitativ abgesichert werden sollten. Konkret schildert er die Vorteile von Indizes angesichts komplexer Konzepte und gibt Hinweise, die bei der Indexkonstruktion zu beachten sind. *Julia Rathke* geht der Frage nach, wie die Vergleichbarkeit von verschiedenen Sekundärdaten erreicht werden kann, die ursprünglich zur Untersuchung anderer Fragestellungen gesammelt wurden. Sie zeigt u. a., dass eine Antwort darin liegen kann, den Abstraktionsgrad der zu untersuchenden Konzepte zu erhöhen. *Janina Thiem* skizziert die Inferenzprobleme, die aus einem Auswahlbias auf Seiten der unabhängigen oder abhängigen Variablen resultieren. Sie plädiert für eine strikt theoriegeleitete Lösung dieser Probleme und zeigt qualitative und quantitative Methoden auf, um Selektionsverzerrungen zu identifizieren und ihre Effekte abzuschätzen. *Dirk Leuffen* konzentriert sich auf Verzerrungsprobleme in Studien mit kleinen Fallzahlen und entwickelt verschiedene Gegenstrategien; am Beispiel seiner Forschung zu den Effekten der Kohabitation auf die französische Europapolitik führt er den Leser durch die einzelnen Stationen einer theoriegeleiteten Fallauswahl. In Anknüpfung an Przeworski und Teune weist *Christoph Hönnige* mit dem *most different systems*- und dem *most similar systems*-Design einen „Königsweg“ zwischen Groß-N-Studien und Fallstudien. Er erklärt, wie man die dafür notwendigen ähnlichsten und unähnlichsten Fälle identifiziert und stellt die Clusteranalyse zur Auswahl der unähnlichsten Fälle vor. *Ulrich Sieberer* thematisiert, welche (Kontroll-)Variablen überhaupt in Erklärungsmodelle aufgenommen werden sollten, und zeigt, dass die Antwort je nach Kausalperspektive unterschiedlich ausfällt. Während X-zentrierte Designs sich auf Variablen konzentrieren sollten, die den kausalen Effekt der interessierenden Erklärungsvariable verzerren könnten, muss Y-zentrierte Forschung letztlich alle (relevanten) Variablen aufnehmen, die einen Effekt auf Y hervorrufen. *Andreas Dür* diskutiert verschiedene Strategien, wie Erklärungen Y-zentrierter Ansätze angesichts der Gefahr erklärender Überbestimmtheit abgesichert werden können. Eine wichtige Möglichkeit sieht er darin, die eigene Theorie an konkurrierenden Erklärungsansätzen zu messen. Abschließend zeigt *Dirk De Bièvre*, wie Theorien in einem laufenden Projekt überarbeitet werden können, wenn die empirische Evidenz verschiedene Defizite offenlegt.

Insgesamt überzeugen die einzelnen Beiträge durch ihre kluge didaktische Anlage. Die entsprechenden Designprobleme werden gut nachvollziehbar, meist beispieldorientiert diskutiert, so dass einige Texte zweifellos auch geeignet sind, fortgeschrittene Bachelor-Studierende für methodologische Probleme zu sensibilisieren. Die kondensierten praktischen Hinweise zum Umgang mit einem Designproblem können (durchaus losgelöst vom Gesamttext) als „checklist“ bei der Konzeption der eigenen Arbeit herangezogen werden. Allerdings finden sich auch einige Redundanzen, und es wird teils allzu Offensichtliches ausgesprochen.

Das Alleinstellungsmerkmal dieses Bandes ist die wohl bisher unerreichte Anschaulichkeit und Pragmatik im Umgang mit einem als schwer zugänglich geltenden Thema. Sämtliche Probleme und Lösungsstrategien illustrieren die Autoren an einem Beispiel

ihrer eigenen Forschung. Dies macht die Ratschläge besonders plastisch und erleichtert die Übertragung auf eigene Fragestellungen. Angenehm fällt auf, dass die Beiträge versuchen, den größten gemeinsamen Nenner der verschiedenen methodologischen Richtungen zu identifizieren. Vielleicht hätte dieser Pragmatismus etwas weiter getrieben werden können, indem man auch kombinierte Forschungsstrategien – z. B. die Verbindung X- und Y-zentrierter Teilstudien – zur Beantwortung von Fragestellungen thematisiert hätte.

Sicher werden zumindest Doktoranden auch in Zukunft nicht umhin kommen, zu anspruchsvollen Klassikern wie King/Keohane/Verba zu greifen, wenn sie über die Probleme ihrer Arbeit nachdenken. Mit „Forschungsdesign in der Politikwissenschaft“ liegt jedoch erstmals ein Band vor, in dem Nachwuchswissenschaftler unterschiedlichster Orientierung präzise und anschauliche Hilfestellungen für die konkreten Probleme ihrer Studien erhalten.

Autorenverzeichnis

- Bala, Christian*, Dr., Fakultät für Sozialwissenschaft, Lehrstuhl Politikwissenschaft/Politisches System Deutschlands, Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 150, 44780 Bochum, Christian.Bala@rub.de
- Biegi, Mandana*, Dr., Institut für Politische Wissenschaft, RWTH Aachen, Ahornstraße 55, 52074 Aachen, mandana.biegi@ipw.rwth-aachen.de
- Brütt, Christian*, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt Universität Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, christian.brueett@sowi.hu-berlin.de
- Conrad, Burkhard*, Dr., Erzbistum Hamburg, Danziger Str. 52a, 20099 Hamburg, conrad@egv-erzbistum-hh.de
- Dietrich, Frank*, PD Dr., Universität Bielefeld, Abteilung Philosophie, Postfach 100 131, 33501 Bielefeld, fdietri@uni-leipzig.de
- Grotz, Florian*, Prof. Dr., Institut für Politikwissenschaft, Leuphana Universität Lüneburg, Scharnhorststraße 1, 21335 Lüneburg, grotz@uni.leuphana.de
- Haftendorn, Helga*, Prof. em. Dr., Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften, Freie Universität Berlin, Ihnestr. 22, 14197 Berlin, haftendo@zedat.fu-berlin.de
- Heberer, Thomas*, Prof. Dr., Institut für Politikwissenschaft, Lehrstuhl für Politik Ostasiens, Universität Duisburg-Essen, Lotharstr. 65, 47048 Duisburg, thomas.heberer@uni-due.de
- Heyer, Andreas*, Dr., Gliesmaroder Straße 1, 38106 Braunschweig, andreasheyer2002@yahoo.de
- Kaiser, Christian*, Dr., Körnerstr. 15, 30159 Hannover, drchristiankaiser@gmx.de
- Leiteritz, Ralf J.*, Department of Political Science, Universidad de los Andes, Cra. 1 No. 18A-10, Bogotá, Colombia, rleiteri@uniandes.edu.co
- Lutterbeck, Klaus-Gert*, PD Dr., Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Universität Greifswald, Domstraße 20, 17489 Greifswald, kgl@uni-greifswald.de
- Reisinger, Christian*, Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS), Postfach 33 04 40, 28334 Bremen, creisinger@gsss.uni-bremen.de
- Schäfer, Armin*, Dr., Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Paulstr. 3, 50676 Köln, as@mpifg.de
- Senz, Anja D.*, Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen, Lotharstr. 65, 47048 Duisburg, anja.senz@uni-due.de
- Stecker, Christian*, Professur für Vergleichende Politikwissenschaft, Universität Potsdam, August-Bebel-Straße 89, 14482 Potsdam, christian.stecker@uni-potsdam.de
- Seubert, Sandra*, PD Dr., Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Universität Potsdam, August-Bebel-Str. 89, 14482 Potsdam, seubert@rz.uni-potsdam.de
- Warkotsch, Alexander*, Dr., King's College London, European Studies, Strand, London WC2R 2LS, UK, alexander.warkotsch@kcl.ac.uk